

Den økonomiske krig

115972

Deutschlands Ernährungswirtschaft – der Westwall der inneren Front

Ausschneiden!

Aufheben!

	Normalverbraucher	Schwarzarbeiter	Schwerarbeiter	Kinder bis zu 6 Jahren	Kinder von 6—14 Jahren	Anmerkungen
1. Fleisch oder Fleischwaren	Abshn. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g 18 " 13—15: je 100 g 18 " a, b, c, d: je 50 g Monatsration: 2000 g Wochentration (1/4): 500 g	Abshn. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g 8 " 13—15: je 100 g 8 " a, b: je 250 g 8 " c, d: je 100 g Monatsration: 4000 g Wochentration (1/4): 1000 g	Abshn. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g 12 " 13—15: je 100 g 12 " a, b, c: je 250 g 4 " d: je 150 g Monatsration: 4800 g Wochentration (1/4): 1200 g	Abshn. 1—4: je 125 g 4 " a, b, c, d: je 125 g Monatsration: 1000 g Wochentration (1/4): 250 g	Abshn. 1—3 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g 16 " 13—15: je 100 g 16 " a, b, c, d: je 50 g Monatsration: 2000 g Wochentration (1/4): 500 g	Auf die Abshnitte 4, 8, 12 und 16 bleiben besondere Zuteilungen vor- behalten
2. Brot oder Brot und Mehl	Abshn. 1—4: je 1000 g Brot " 5—8: je 500 g Brot " 9—12: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) 32 " a, b: je 50 g Brot (oder 7600 g Brot und 1500 g Mehl) Monatsration: 6600 g Brot (oder 7600 g Brot und 1500 g Mehl) Wochentration (1/4): 2400 g Brot (oder 1900 g Brot und 375 g Mehl)	Abshn. 1—8 : je 1000 g Brot " 9—12: je 1000 g Brot (oder je 750 g Mehl) 32 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 15 200 g Brot (oder 11 200 g Brot und 3000 g Mehl) Wochentration (1/4): 3800 g Brot (oder 2500 g Brot und 750 g Mehl)	Abshn. 1—4: je 2000 g Brot " 5—8: je 1000 g Brot " 9—12: je 1000 g Brot (oder je 750 g Mehl) 32 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 19 200 g Brot (oder 15 200 g Brot und 3000 g Mehl) Wochentration (1/4): 4800 g Brot (oder 3500 g Brot und 750 g Mehl)	Abshn. 1—4: je 100 g Brot " 5—8: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) Auf die mit einem Kreuz (+) bezeichneten 16 Abshnitte je 125 g Kindernahrungsmittel. Monatsration: 4400 g Brot (oder 2400 g Brot und 1500 g Mehl) Wochentration (1/4): 1100 g Brot (oder 600 g Brot und 375 g Mehl)	Abshn. 1—8 : je 500 g Brot " 9—12: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) 8 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 6800 g Brot (oder 4800 g Brot und 1500 g Mehl) Wochentration (1/4): 1700 g Brot (oder 1200 g Brot und 375 g Mehl) (Auf die mit einem Kreuz (+) bezeichneten Abshnitte zunächst keine Zuteilung.)	Bei der Reichsbrot- farte ist die Ein- teilung für Kinder nicht von 0—6 und 6—14 Jahren, wie laut, sondern von 0—8 und von 8—10 Jahren.
3. Fett	4 Abshn. „Butter ob. Butterfettmahl“: je 80 g 4 " „Käse ob. Quart“: je 62,5 g Käse oder je 125 g Quart 4 " „Margar., Kunstfett, Öl“: je 125 g 4 " „Schmalz, Spez. Talg“: je 65 g Monatsration: 1080 g Fett + 250 g Käse Wochentration (1/4): 270 g Fett + 62,5 g Käse	4 Abshn. „Butter ob. Butterfettmahl“: je 80 g 4 " „Käse ob. Quart“: je 62,5 g Käse oder je 125 g Quart 4 " „Margar., Kunstfett, Öl“: je 187,5 g 4 " „Schmalz, Spez. Talg“: je 125 g Monatsration: 1570 g Fett + 250 g Käse Wochentration (1/4): 392,5 g Fett + 62,5 g Käse	4 Abshn. „Butter ob. Butterfettmahl“: je 80 g 4 " „Käse ob. Quart“: je 62,5 g Käse oder je 125 g Quart 4 " „Margar., Kunstfett, Öl“: je 250 g 3 " „Schmalz, Spez. Talg“: je 97,5 g 1 " „Schmalz, Spez. Talg“: 515 g Monatsration: 160 g Fett + 250 g Käse Wochentration (1/4): 740 g Fett + 62,5 g Käse	4 Abshn. „Butter ob. Butterfettmahl“: je 80 g 4 " „Käse ob. Quart“: je 62,5 g Käse oder je 125 g Quart 4 " „Margar., Kunstfett, Öl“: je 125 g Monatsration: 820 g Butter + 250 g Käse Wochentration (1/4): 80 g Butter + 62,5 g Käse	4 Abshn. „Butter ob. Butterfettmahl“: je 80 g 4 " „Käse ob. Quart“: je 62,5 g Käse oder je 125 g Quart 4 " „Margar., Kunstfett, Öl“: je 125 g Monatsration: 820 g Fett + 250 g Käse Wochentration (1/4): 205 g Fett + 62,5 g Käse	
4. Marmelade und Jüder	4 Abshn. „Marmelade“ je 100 g 4 " „Jüder“ je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder. Wochentration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder.	4 Abshn. „Marmelade“ je 100 g 4 " „Jüder“ je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder. Wochentration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder.	4 Abshn. „Marmelade“ je 100 g 4 " „Jüder“ je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder. Wochentration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder.	4 Abshn. „Marmelade“ je 100 g 4 " „Jüder“ je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder. Wochentration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder.	4 Abshn. „Marmelade“ je 100 g 4 " „Jüder“ je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder. Wochentration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder.	Die Reichsfarte für Jüder und Marme- lade ist für Nor- malverbraucher, Schwarzarbeiter, Kinder usw. gleich.
5. Lebensmittel	Die Lebensmittelfarte ist für alle Berufe und Lebensalter die gleiche			Nährmittel pro Monat: Sago, Kartoffelmehl u. a. pro Monat: Kaffee-Ertrag pro Monat:		Gier, Tee, Kun- ststoff auf Einzel- abshnitte der Le- bensmittel von Null

17.—26 (v. 9. 10.—22. 10.); je 25 g	14: 25 g
(Nährmittel sind: Graupen, Gerstengräuse, Weizengrieß, Reis, Haferstücke, Teigwaren usw.)	(Abzähn. 13, 14; gültig v. 25. 9.—22. 10. " 29; gültig v. 2. 10.—22. 10. " 30; gültig v. 9. 10.—22. 10.)

zu Fall verteilt;
Zuckerwaren und
Zwiebeln ohne
Karten; für Hülsen-
früchte, Tropen-
gemüse, Gewürze
und Kakaomarken
ergehen von Fall
zu Fall besondere
Anweisungen

Neue Bezugsregelung für Lebensmittel

Besondere Vorsorge für Schwerarbeiter, Mütter und Kinder

Berlin, 22. September.

Die englischen Kriegshelden und Plutokraten versuchen heute, die deutschen Frauen und Kinder aus zu hungern. Dieser Verlust wird an der Tafel des Führers und der Entschlossenheit des deutschen Volkes zerbrechen. Eine vorzügliche Staatsführung hat in den vergangenen Jahren große Vorräte angelegt. Unsere Getreidereserve steht uns in der Lage, auch bei geringerem Ernten Mindererträge auf Jahre hinaus auszugleichen. Der deutsche Bauer wird mit Hilfe aller Volksgenossen das letzte aus der Scholle holen.

Die vorhandenen Vorräte nehmen uns die wesentlichsten Sorgen für die Zukunft. Der Staat sieht es als seine Pflicht an, das Vorhandene gerecht zu verteilen. Die Fehler des Weltkrieges, nämlich die zu spät Durchführung einer geregelten Verteilung, werden diesmal vermieden. Der Grundtakt der jüngsten Ernährungswirtschaft lautet: „Viele bescheidene Rationen, aber dafür auf weite gesicherte Rationen.“

Am 24. September 1939 verlieren die bisherigen Bezugsscheine ihre Gültigkeit. Ab 25. September 1939 treten die neuen in Kraft. Die ab 25. September 1939 anlaufende Bezugsregelung hat gegenüber der alten Regelung

zwei wesentliche Vorteile:

1. Die Zuteilung erfolgt nach den Bedürfnissen des einzelnen. Schwer- und Schwerarbeiter sind dabei ganz besonders berücksichtigt.

2. Es gibt in Zukunft für jede Lebensmittelart eine besondere Karte, z.B. für Fett, Fleisch, Brot und Mehl.

Schwer- und Schwerarbeiter erhalten Sonderzulagen an Fett, Fleisch, Brot und Mehl. Die Karten für Schwer- und Schwerarbeiter sind besonders gekennzeichnet. Die Karten für Schwerarbeiter haben neben dem Hinweis „für Schwerarbeiter“ ein großes S, die Karten für Schwerarbeiter neben dem Hinweis „für Schwerarbeiter“ ein großes St aufgedruckt.

Schwerarbeiter ist, wer dauernd schwere körperliche Arbeit oder durchschnittliche körperliche Arbeit unter besonders er schwerenden Arbeitsbedingungen leistet.

Besondere Anordnungen werden für die Ausgabe von Schwer- und Schwerarbeiterkarten ergehen für Angehörige in Betrieben der Wehrmacht, der Reichsverkehrsverwaltung, der Postwirtschaft, einschließlich der Seefahrt und der Binnenschifffahrt.

Als Schwerarbeiter gilt, wer unter erschwerenden Arbeitsbedingungen z.B. bei großer Hitze, bei großer Staubausbildung mit angelegtem Atmungsgerät oder unter Einwirkung gefundensichlicher Stoffe dauernd schwere körperliche Arbeit zu leisten hat.

Schwer- und Schwerarbeiter erhalten das erstmal die Karten von ihrem Betriebsführer. Dieser muss sie beim Gewerbeaufsichtsamt (bzw. Bergbehörde) beantragen. Die Art des Verfahrens, wie er das zu tun hat, ist durch die Verordnung festgelegt.

Sollten Schwer- und Schwerarbeiter bereits die üblichen Karten erhalten haben, so sind sie durch den Betriebsführer einzuziehen. Die Betriebsführer müssen sie dem für den Arbeiter zuständigen Ernährungsamt übergeben.

Später erhalten die Schwer- und Schwerarbeiter ihre Karten unmittelbar von ihrem zuständigen Ernährungsamt. Hierbei ist die leichte Schwer- und Schwerarbeiterkarte vorzulegen.

In einigen Betrieben bestehen Verpflegungseinrichtungen (Kantinen usw.). Schwer- und Schwerarbeiter, die dort ihre Mahlzeiten einnehmen, haben die entsprechende Angabe von Abschnitten ihrer Schwer- und Schwerarbeiterkarte zu entrichten.

Die Verordnung des Reichsnährungsministers vom 16. September 1939 bestimmt weiter, dass Arbeiter, die in besonderem Maße der Einwirkung von Giften ausgesetzt sind, Vollmilch erhalten können. Diese Milchkarten sind bei dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt zu beantragen.

Die einzelnen Arten der Karten sind folgende:

Fettkarten,

Fleischkarten,

Fettkarten,

Mehlkarten,

Karten für Marmelade und Zucker sowie sogenannte Lebensmittellkarten (Nährmittel).

Auf die verschiedenen Abschnitte dieser Lebensmittel (Nährmittel) Karte gibt es folgende Waren:

Graupen, Grütze, Griek, Reis, Haferstücke oder Teigwaren, Sago, Kartoffelstärkeflocken, Kaffee-Eisla oder -Zusatzmittel, Kunsthonig usw.

Aus technischen Gründen war es diesmal nicht möglich, auf die Ausgabe ge-

langenden Karten die Mengen aufzudrucken, die auf die einzelnen Abschnitte abgegeben werden dürfen. Grundsätzlich ist dies jedoch für die Zukunft vorgesehen.

Die Karten sind als öffentliche Urkunden

Arbeitstagung der Preisbildung- und Preisüberwachungsstellen

Berlin, 22. September.

Am 22. September hielt der Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Wagner, eine Arbeitstagung mit den Preisbildungs- und Preisüberwachungsstellen ab. Die Fragen der Preispolitik in der Kriegswirtschaft wurden durchgesprochen und die Richtlinien für die weitere Arbeit des Preiskommissars und seiner Dienststellen festgelegt.

Der Betriebsführer ist verpflichtet, für die in seinem Betriebe beschäftigten Schwer- und Schwerarbeiter eine Liste aufzustellen und sie dem für seinen Betrieb zuständigen Gewerbeaufsichtsamt, bei Bergbaubetrieben der zuständigen Bergbehörde, in doppelter Ausfertigung zu

Es ist selbstverständlich, daß der nationalsozialistische Staat, werdenden und stillenden Müttern, Wöchnerinnen sowie kranken und gebrechlichen Personen besonders hilft.

Die Vorgemachten erhalten auf Grund

einer üblichen Beschleunigung durch das Ernährungsamt Scheine, die ihnen den Bezug

zulässiger Lebensmittel sichern.

Bei werdenden und stillenden Müttern genügt an Stelle der ärztlichen Bescheinigung die Bescheinigung einer Hebammme. Werdende Mütter erhalten während der Schwangerschaft, stillende Mütter während der Zeit des Stillens auf Grund der Bescheinigung eines Arztes oder einer Hebammme Vollmilch.

Bei werdenden und stillenden Müttern

genügt an Stelle der ärztlichen Bescheinigung die Bescheinigung einer Hebammme.

Werdende Mütter erhalten während der

Schwangerschaft, stillende Mütter während

der Zeit des Stillens auf Grund der

Bescheinigung eines Arztes oder einer Hebammme Vollmilch.

Die Bezugsregelung für Schwer- und Schwerarbeiter

Es ist selbstverständlich, daß der nationalsozialistische Staat den Schwer- und Schwerarbeitern, den werdenden und stillenden Müttern, den kranken Personen besonders hilft. Die neue Verordnung über die Lebensmittelzuteilung sieht daher für die Schwer- und Schwerarbeiter eine geänderte Regelung vor.

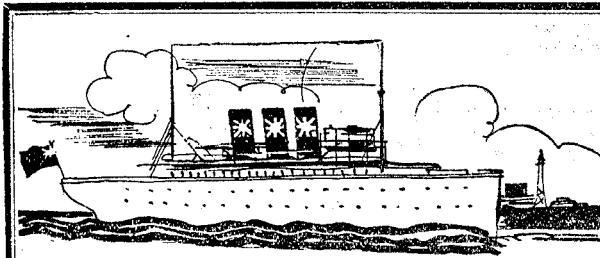
Schwer- und Schwerarbeiter erhalten übersenden. Die Listen müssen die genauen Sonderzulagen an Fett, Fleisch, Brot und Mehl. Zum Bezug der erhöhten Lebensmittelmengen (entsprechend der Sonderzulagen) berechtigen besonders gekennzeichnete Bettkarten in gelber, Fleischkarten in blauer und Brotkarten in roter Farbe nach dem abgebildeten Muster, die an Stelle der üblichen Karten für diese Lebensmittel treten. Die Karten gelten für das ganze Reich. Die Ernährungsämter geben jeweils die auf die einzelnen Abschnitte der Karten für Schwer- und Schwerarbeiter abzugebenden Höchstmengen bekannt.

Das Gewerbeaufsichtsamt (die Bergbehörde) prüft, ob im Einzelfall die geleglichen Merkmale der Tätigkeit als Schwer- oder Schwerarbeiter vorliegen, und gibt die Listen mit Einverständnismerk über mit den vorgenommenen Änderungen unter Beifügung des Dienststamps betriebsweise geordnet an das für die Ausgabe der Karten zuständige Ernährungsamt.

Das Ernährungsamt gibt auf Grund der von ihm getroffenen Entscheidung die erforderliche Anzahl von Karten für Schwer- und Schwerarbeiter an den Betriebsführer, der die Verteilung an die Schwer- und Schwerarbeiter veranlaßt. Sowohl Schwer- und Schwerarbeiter berechtigen die üblichen Karten erhalten haben, sind diese durch den Betriebsführer einzuziehen und dem für den Arbeiter zuständigen Ernährungsamt zu übersenden.

Die Ausgabe der für die Folgezeit geltenden Karten erfolgt durch das Ernährungsamt unmittelbar an die Bezugserhebungen gegen Vorlage der jeweils leichten Schwer- oder Schwerarbeiter-Stammkarte.

Soweit in Betrieben Verpflegungseinrichtungen bestehen und die ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes eine Gemeinschaftsverpflegung der Gefolgschaftsmitglieder erfordert, hat der Betriebsführer Abschnitte der Karten für Schwer- und Schwerarbeiter einzuführen oder einzufordern. Die Zahl und Art der Abschnitte hat den Lebensmittelmengen zu entsprechen, die benötigt werden, um täglich



LA GUERRE

LE BLOCUS MARITIME ET SES EFFETS

C'est une des armes les plus efficaces que possèdent les Alliés

UNE des armes les plus efficaces que nous possédions contre le potentiel guerrier de l'Allemagne c'est, évidemment, le blocus. Après avoir affecté d'en rire, par le tonitruant organe de Goering, la propagande allemande réagit maintenant avec la plus grande violence, prétend que le Reich sent bien la gravité qu'empruntera pour sa résistance, le fait d'être coupé de la partie du monde la plus riche et que ne peuvent compenser ni les accroissements de territoire que lui apporte la conquête de la Pologne ni ses accords avec les Soviets.

Comme cette propagande écrite et verbale ne fera que s'intensifier et s'employer à embrouiller les notions les plus nettes, nous allons préciser succinctement ce qu'il faut entendre aujourd'hui par *blocus*, comment il est exercé et quelles sont ses conséquences.

Aux termes du droit international maritime, fixé par la Déclaration de Paris du 18 avril 1856, à laquelle sousscrivent toutes les grandes puissances, il ne peut y avoir de *blocus* proprement dit et de nature à entraîner obligation pour les neutres que : 1^o lorsque les forces navales d'un pays en état de guerre sont suffisantes pour interdire effectivement l'accès du littoral et des ports ennemis ; 2^o lorsque ce blocus pèse également sur tous les neutres.

L'étendue des fronts de mer, l'apparition des mines, de l'artillerie à longue portée, du sous-marin et de l'avion, la variété des tâches dévolues aux forces navales ne permet plus de tenir un blocus rapproché, comme au temps de la marine en bois, lorsque les escadres pouvaient se permettre de croiser en permanence au large des côtes ; d'autre part, la liberté de navigation scandinave en Baltique rend caduque la deuxième condition.

Il a donc fallu trouver une autre base légale à l'action de la coalition et l'on s'est rabattu, comme en 1914-1918, sur la notion de « répression de la contrebande », prévue, elle aussi, par la Déclaration de 1856.

allemande fut prolongée durant de longs mois, lors de la dernière guerre, par tout ce que les empires centraux purent importer en fraude.

Les dirigeants allemands n'oublient qu'une précision, c'est que les besoins nationaux des pays neutres sont très largement calculés et qu'aucun citoyen d'un Etat restant en dehors du conflit ne manquera de la moindre des choses. Tout au plus, certains de leurs commerçants ne pourront-ils pas édifier de gigantesques fortunes au prix de la vie de nos soldats...

Mais à ces saisies, à ce contrôle ne se bornent pas les opérations de blocus.

Toutes les sources possibles d'approvisionnement, même les plus lointaines, sont connues et surveillées et, dès à présent, on a entrepris la tâche d'entraver l'acheminement de marchandises vers l'Allemagne. Toutes les phases du mouvement de ces dernières sont suivies de près ; on crée des difficultés à leur financement, à leur assurance, à leur transport ; on met à l'index les firmes, connues pour ravitailler l'Allemagne. La saisie des marchandises, en mer ou dans les ports, n'est que l'aboutissement de cette activité incessante ; en fait, il peut être désirable, parfois, de permettre l'embarquement des marchandises en vue de les saisir plus près de leur point d'arrivée.

On voit que le blocus moderne est tout autre chose que l'opération relativement simple que connaissaient les contemporains de Colbert, de Vergennes et du Blocus continental.

Mais pour importantes que soient les entraves ainsi apportées aux industries de guerre de l'Allemagne, elles ne doivent pas faire oublier les restrictions alimentaires qui ne leur céderont en rien.

S'il est encore trop tôt pour évaluer ce qu'elles pourront être lorsque les approvisionnements existant commenceront à s'épuiser,

était de 1.250 grammes, soit très exactement 178 grammes par personne et par jour. En Autriche, la situation était pire encore puisque le 17 juin 1918, le Dr. Paul, ministre du Ravitaillement de la Double-Monarchie, restreignait la ration hebdomadaire à 1.102 grammes par semaine pour les ouvriers et à 600 grammes (85 grammes par jour !) pour les adultes ne travaillant pas pour l'armée.

Cependant, l'affondrement du front russe avait ouvert aux empêtres centraux les portes de l'Ukraine. En annonçant au Reichstag la paix de Brest-Litovsk, le chancelier Michaëlis ne s'était-il pas écrit : « Messieurs, voici la paix du pain ! »

Dans quelle mesure l'aide alimentaire alors escomptée sera-t-elle aujourd'hui plus efficace ? L'abandon par Hitler aux Soviets des frontières ukraino-roumaines peut, en dépit de toutes les apparences, ne pas faire obstacle à un ravitaillement en blé, encore que ce que l'on sait des « méthodes » agricoles russes autorise un certain scepticisme.

Pour ce qui est de la viande et des graisses, les statistiques ne sont pas moins éloquentes.

La consommation allemande de viande évaluée en 1914 à 950 grammes par semaine et par personne n'était plus en 1918 que de 250 ; les graisses passèrent de 190 grammes à 62. Quant à la consommation de pommes

de terre elle tomba de vingt millions de tonnes à dix.

Ces rationnements avaient été progressifs, car il avait fallu plus de deux années aux alliés pour mettre au point leur organisation du blocus et obtenir l'adhésion des neutres aux mesures qu'il impliquait. Cette fois, les résultats seront obtenus bien plus vite. C'est dès les premières semaines du conflit que le verrou a été tiré.

Arrêt des importations de matières premières d'armement, arrêt du fourrage et des graines à tourteaux pour l'élevage des bestiaux, arrêt des phosphates destinés à la fabrication des engrangements dont est fonction une grande partie du rendement agricole de la terre, arrêt enfin des vivres qui ajoutera à tous les soucis qui pourront hanter le peuple germanique l'affaiblissement progressif de sa capacité de résistance physique, jusqu'au point où, comme en 1918, elle cédera au vertige de la faim et précipitera la débâcle, c'est tout cela que signifie le blocus.

Dans l'infocale aventure où le Reich hitlérien, nouvelle incarnation de l'Allemagne éternelle, a jeté l'Europe, la mer joue... et gagne, précédant, préparant et facilitant l'action sur terre et dans l'air et la décision des armes.

Pierre VARILLON.

LA CARICATURE ANGLAISE ET LA GUERRE



Cette répression permet à un Etat en guerre, moyennant qu'il en prévienne officiellement les motifs, d'opposer à toute histoire liste de matières et de marchandises considérées comme pouvant aider au ravitaillement en vivres et en matériel de l'ennemi. Ainsi les navires neutres sont informés de ce qu'ils peuvent ou non transporter.

Naturellement les bâtiments en question sont soumis au droit de visite, soit qu'ils acceptent de relâcher dans un port français ou anglais ce qui facilite l'opération, soit qu'ils soient arraisonnés en pleine mer par les forces navales qui surveillent les routes maritimes.

Le procédé est des plus simples, si l'exécution n'est pas toujours commode.

Un signal du bâtiment de guerre invite le marchand à s'arrêter. S'il fait la sourde oreille et ne stoppe pas, un coup de sémaphore lui précise que la chose est sérieuse. Un canot est alors amené de l'arraisonneur, qui conduit à bord du cargo l'officier chargé de la visite et son escorte. Si les papiers du bord et la vérification rapide qui suit leur examen est satisfaisante, l'arraisonné est autorisé à continuer sa route, sinon, il est prié de faire demi-tour et reconduit dans un port où l'on statue sur son cas.

Suivant que la cargaison appartient à la catégorie *contrebande de guerre absolue* (munitions, armes, pétrole, métaux précieux ou spéciaux) ou qu'elle appartient à une seconde catégorie, dite *contrebande conditionnelle* (vivres et produits divers), elle est soit purement confisquée et, le cas échéant, vendue sur place au double profit du Trésor public et de l'équipage du bateau arraisonneur, soit simplement séquestrée.

La méthode est des plus efficaces.

Du 3 au 20 septembre, plusieurs centaines de cargos neutres ont été arraisonnés et visités. Sur ce nombre, quatre-vingts ont été autorisés à poursuivre leur voyage et deux cents, retenus pour examen.

En une seule semaine, du 10 au 17 septembre, 110.000 tonnes de contrebande de guerre ont été saisies, qui se décomposent ainsi :

25.700 tonnes de minerai de manganèse; 20.000 de produits pétroliers; 15.500 de minerai de fer; 15.500 de minerai d'aluminium; 10.000 de phosphates; 5.700 de pyrites; 4.500 de minerai d'hématite; 3.500 de fèves de soja; 2.800 de tourteaux de graines de coton; 1.500 de chlorate de potassium; 630 de coprah; 450 de noix de palme; 400 de concentrés de molybdénite; 250 de cathodes de cuivre; 200 de caoutchouc; 165 de graphite; 160 de minerai de wolfram.

La quantité totale de minerai de manganèse interceptée depuis le début des hostilités s'élève actuellement à plus de 30.000 tonnes, ce qui représente à peu près 7 % des importations annuelles de l'Allemagne de ce minerai qui est d'une grande importance pour la préparation de certains aciers.

Les concentrés de molybdénite saisies, représentent un pourcentage encore plus important de l'approvisionnement annuel de l'Allemagne en un alliage essentiel pour la préparation des plaques blindées et d'autres aciers spéciaux.

On comprend mieux devant l'énoncé de ces chiffres la fureur teutonne contre le blocus et pourquoi les Allemands essayent d'ameuter les neutres en déclarant que le contrôle franco-anglais est un insupportable attentat à leurs droits et contre leurs intérêts.

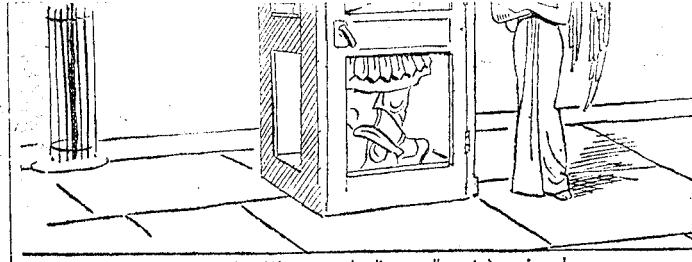
Déjà comiques lorsqu'on sait de quelle manière le Reich en use partout où il est le plus fort, ces clamours retrouvent leur sens dans la vanesse avec la résistance.

on peut s'en faire une "idée" par ce qu'elles étaient en 1918.

En cette quatrième année de guerre, la situation du bloc austro-allemand était, certes, plus favorable qu'elle ne l'est aujourd'hui même après la conquête de la Pologne et aussi en tenant compte des facilités de ravitaillement que le Reich pourrait obtenir de ses chers amis de Moscou.

En effet, la Roumanie, la Hongrie, la Bulgarie, la Turquie, la quasi totalité des territoires yougoslaves, l'Istrie, étaient alliées ou soumises.

Or, en juin 1918, la ration hebdomadaire de pain — et de quel pain, son et sciure de bois, — pour la population civile allemande



Daily Express.

10.9.29

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Wo ist England
verwundbar?

Bei einer Betrachtung der augenblicklichen Kriegswirtschaftlichen Lage auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft muß man in immer stärkerem Maße feststellen, daß all die Länder, ganz gleich, ob sie neutral oder feindlich sind, die bisher aus ihrer liberalistischen Weltanschauung heraus die Landwirtschaft mehr oder weniger vernachlässigt haben, in diesem Augenblick beginnen, sich der Bedeutung einer schlagkräftigen Landwirtschaft bewußt zu sein. Meist ist es nun allerdings wohl zu spät, und vor allen von England können wir feststellen, daß es auch nach der Meinung neutraler Beobachter in starkem Maße die eigene Landwirtschaft vernachlässigt hat und jetzt wohl kaum mit dem Aufbau so schnell nachkommt, wie es notwendig wäre und allgemein anerkannt wird.

Wohl hat England die Vorratsbildung in der letzten Zeit stark forcirt, aber für mehr als zwei Wochen werden die Vorräte kaum reichen, die dort gelagert sind. Nicht anders ist es mit der Schiffahrt. Wollte England erhebliche Mengen an Lebensmitteln zu Schiff einführen, so würde der Schuh dieser Handelsflotte einen bedeutenden Teil der Kriegsschiffe anderen Verwendungsmöglichkeiten entziehen und so auch wieder neutral wissam sein. Es bleibt also nur eine Möglichkeit zu einer langanhaltenden Verfolgung, und das ist die einheimische Landwirtschaft.

In einem interessanten Artikel untersucht die neutrale „Zürcher Zeitung“ die Lage der britischen Nahrungsmittelversorgung und geht vor allem auf die Lage der britischen Landwirtschaft ein. Sie stellt fest, daß alle die Maßnahmen, die von der Regierung getroffen sind, zu spät gekommen sind und auch in ihrer Gesamtheit noch nicht genügen, um eine wirklich starke Steigerung der britischen Landwirtschaftserzeugung herbeizuführen. Außerdem fehlen auch die nötigen Arbeitskräfte, denn 250 000 Landarbeiter sind seit 1918 unmittelbar abgewandert. Ganz erschütternd sind die Zahlen, die man über den Rückgang der britischen Landwirtschaft aus diesem neutralen Artikel entnimmt.

Danach ist die Ackerbafläche um 17 vH., und im Vergleich mit 1918 sogar um 25 vH. zurückgegangen. Dabei hat sich die Bevölkerung seit 1914 um mindestens 4½ Millionen oder 10 vH. vermehrt. Gegenüber dem Kriegsende hat der Weizenbau einen Rückgang von 27 vH. zu verzeichnen, der Kartoffelbau einen solchen von 23 vH., bei Rüben, Hafer beträgt der Rückgang 48 vH., 47 vH. usw. Einzig die Dauerweidfläche hat sich gegenüber 1918, nicht aber im Vergleich mit 1914, vermehrt. Diese Entwicklung ist eine Folge der ungünstigen Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die dazu geführt hat, daß heute die Rinder- und Schweinenzucht gegenüber 1914 angeklungen ist. Diese Veränderung hat aber ihre großen Nachteile für den Kriegsfall. Denn die Fütterung des Rindviehs und der Schweine muß in zunehmendem Maße durch Einfuhr gedeckt werden, während der einheimische Rübenbau für Futterzwecke um rund die Hälfte zugängig geworden ist. Buttermittel nehmen aber im Verhältnis zu ihrem Wert sehr viel Schiffsräume ein, so daß ihre Einfuhr bestimmt als erstes beschränkt wird. Ähnlich wie 1914 bei uns wird deshalb auch diesmal in England bei einer längeren Kriegsdauer ein starker Rückgang des Viehbestandes unausbleiblich sein.

Bemerkenswert ist noch die amtliche Tabelle des britischen Nahrungsmittelverbrauchs und der Prozentzahl der eigenen Produktion bei der Verbrauchsgesamtmenge. Danach kann England bei den Getreidezüchten und den aus ihnen hergestellten Erzeugnissen wie Fleisch usw. nur 13 vH. aus eigenem Boden decken, beim Fleisch sind es 50 vH., bei Butter und Margarine nur 11 vH., bei Käse 31 vH. usw. Einzig allein bei Milch und bei Kartoffeln kann England seinen Bedarf gana oder doch fast vollständig allein decken.

Das sind Feststellungen, die ein neutrales Blatt macht und die uns klar die Verwundbarkeit Britanniens zeigt. Landwirtschaft zu betreiben, heißt man dort nicht für notwendig, da sie nicht Geld genug einbrachte. Jetzt würde man ja gern alles versäumte nachholen wollen, wenn es sich nur so schnell herstellen ließe. Wir in Deutschland sind bewußt den anderen Weg gegangen. Seit 1933 haben wir mit allen Mitteln die einheimische Erzeugung gesteigert und die Erfolge, die hier durch die vom Reichsbauernführer R. Walther Darré angeordneten Maßnahmen in der Erzeugungsfärbucht des Reichslandstandes erzielt worden sind, bilden dafür, daß wir in starkem Maße die Ernährung

SVERIGES
ledande
oppositions-
tidning

Den Svenske FOLKSOCIALISTEN

Årgång 7

Lördagen den 23 sept. 1939

Nummer 69

Huvudorgan för Svensksocialistisk Samling — Lindholms frihetsrörelse

SVERIGE
åt
svenskarna!

Fantastisk POLISPROVOKATION

**1.500:- utlovades för att
få fast kapten Åstrand
ÖVERKONSTAPEL SÖDERSTRÖM OHJÄLPLIGT KOMPROMITTERAD!**



Nytt, klumpigt försök att få anled-
ning till partiförbud mot SSS?

för förhör såsom misstänkt för spio-
nage. Vi skola därför inte närmare gå
in på de detaljerna. I stället skola vi
Söderström visa häpnads-
väckande omdömeslöshet

Juden Levinson hade an-
slag för att bekämpa
hamstringen!

*Men ändå blev det fullständig viller-
valla inom varudistributionen!*

Vad har juden egentligen gjort under sin tid som
ordförande i Rikskommissionen för ekonomisk
försvarsberedskap?

Der wirtschaftliche Generalstab Deutschlands

„Wir haben auch in wirtschaftlicher Beziehung die Lehren aus dem verlorenen Weltkrieg gezogen. Heute haben wir den wirtschaftlichen Generalstab, der uns 1914 fehlte. Wir wissen, daß wir militärisch keinen Krieg gewinnen können, wenn wir ihn wirtschaftlich verlieren.“ (Staatssekretär Dr. Landolt bei der Eröffnung der Deutschen Ostmesse).

Zu dieser Erklärung erhält das „Südost-Echo“ von aufzündiger Seite folgende grundlegende Darstellung über die wirtschaftliche Bereitstellung Deutschlands:

Im Kriege werden die politischen Ziele, die auf anderem Wege nicht mehr erreicht werden können, und die zur Erhaltung des Volkes erreicht werden müssen, durch Auseinanderlegung auf dem Schlachtfeld angestrebt. Hinter der Truppe, die um die Lebensrechte des Volkes kämpft, steht die Heimat, die Wirtschaft, die vieler lärmenden Truppe der seelischen Rüstung und die materielle Stütze gibt, die zum Durchsetzen des Kriegszieles notwendig ist. Die Größe des Heeres auf dem Schlachtfeld ist also mitbedingt durch die Kraft der Heimat, materiell und moralisch den Kampf zu unterstützen. Diese Planung von kriegerischen Auseinandersetzungen und Vorbereitung der Truppe dafür muß also ergänzt werden durch eine entsprechende Planung und Zurüstung der Heimat, politisch und wirtschaftlich.

Art und Einsatz der Truppe bei der Auseinanderlegung auf den Schlachtfeldern wird vom Generalstab der Wehrmacht bestimmt, der den führenden Soldaten und Politikern als beratendes Instrument zur Verfügung steht. Er muß die eigenen Kräfte und die Kräfte der Gegenseite gegeneinander abwägen, muß die Umstände der Landschaft und die kämpferische Bereitschaft der beiden Seiten gegeneinander halten und dann der obersten Führung seinen Rat erteilen, in welcher Richtung eine Operation Erfolg verspricht.

Der Generalstab der Wirtschaft hat eine ähnliche Aufgabe. Er muß prüfen, wie groß die Kräfte und Materialien sind, die für die gefestigte politische und militärische Aufgabe bereitgestellt werden können, in welcher Form sie am günstigsten einzuziehen sind. Er muß die innere Organisation der Wirtschaft entsprechend gestalten und wandeln, je nach dem, wie das die strategische Aufgabe der Kriegsführung und der Politik erfordert.

Die Grundlage jeder Generalstabsarbeit und -entscheidung ist ein begründetes Wissen über die sämtlich gegebenen Verhältnisse, dh. militärisch eine Kenntnis der Streitkräfte, des Geländes, der sonstigen Umstände, die eine Entscheidung beeinflussen. Wirtschaftlich die Kenntnis der bereitstehenden Kräfte zum Nachschub und Erfahrung darin, wie man die wirtschaftlichen Kräfte in Verbindung untereinander einsetzen kann. Auch ihre räumliche Verteilung und damit die Möglichkeit der räumlichen oder örtlichen Unterstützung von militärischen Auseinandersetzungen muß bekannt sein. Auf Grund dieser Unterlagen kann der wirtschaftliche Generalstab seine Schlüsse ziehen.

Seine Aufgabe im großen ist es, die gesamten Wirtschaftskräfte der Heimat so zu organisieren, daß sie die größte Wirtschaftsamkeit im Hinblick auf das Kriegssziel haben. Das bedeutet, daß er im Hinblick auf das Kriegssziel alle wirtschaftlichen Entscheidungen nach ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit abwägen muß, daß unwichtige Dinge zurücktreten müssen und um so größere Kräfte in die wichtigsten Wirtschaftszweige geleitet werden müssen. Im Rahmen dieser Gesamtaufgabe muß er jedoch nach der augenblicklichen Lage die Kräfte verteilen, die Materialien in andere Bahnen lenken, um im einzelnen im Nachschub oder in der Versorgung des Heeres und der Bevölkerung diejenigen Veränderungen herbeizuführen, die für die Entscheidung im Moment wichtig sind.

Im Vordergrund steht bei allem die Verteilung der Arbeitskräfte. Wehrmacht und Energiewirtschaft müssen ihren Menschenbedarf so untereinander ab-

stimmen, daß die größte Gesamtleistung im Felde und in der dem Nachschub und der Erhaltung des Volkes dienenden Heimat erreicht wird.

Der wirtschaftliche Generalstab aber muß die der Heimat verbleibenden Kräfte an die Stellen lenken, wo sie für die Gesamtheit wichtigste Arbeit geleistet werden müssen. Dabei sollen natürlich die friedensmäßige eingepöhlten Arbeitszusammenhänge, die Arbeitsteilung oder Vereinigung im Betrieb möglichst wenig beeinträchtigt werden, um die Gesamtausbringung nicht zu stören zu lassen.

Er verfeinert dabei das Verfahren der Auswahl und je genauer die Vorprüfung der sachlichen Erfordernisse eines Arbeitsplatzes sind, um so reibungsloser und schneller wird die jeweilige Umstellung vorstatten gehen.

Das bedeutet aber, daß in allen Wirtschaftszweigen möglichst genau die Produktionsaufgabe genau erkannt sein muß.

Auf den einzelnen Gebieten der Wirtschaftspolitik äußert sich diese Generalstabstätigkeit folgendermaßen:

Die Ernährungswirtschaft weicht von der friedensmäßigen nur wenig ab, da jedenfalls in Deutschland die Ernährungspolitik schon darauf ausgerichtet ist, einen möglichst großen Prozentsatz der Ernährung aus eigenen Quellen sicherzustellen. Schwierig ist indessen bei dem schon friedensmäßigen Mangel an Landarbeitskräften die Frage des Arbeitseinsatzes, wenn die Wehrmacht aus der Landwirtschaft noch wesentliche Teile einzieht. Nachbarliche und dörfliche Gemeinschaft wird hier viel erlegen müssen.

Der wirtschaftliche Generalstab aber wird dann die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugung gegenüber den einzelnen Wirtschaftszweigen abzuwegen haben und danach die Arbeitskräfte lenken. Hierzu tritt im Rahmen der Ernährungswirtschaft noch die Aufgabe der planmäßigen Lenkung des Umlages in höherem Grade als bisher. Hier wird an die umfangreichen Erfahrungen des Reichsnährstandes angeknüpft.

Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ist die Umstellung erheblich größer. Zunächst in den Betrieben: Jede Produktion, die nicht unmittelbar oder mittelbar dem Kriegssziel dient, wird verschwinden. Auf der anderen Seite muß die Intensität der gewerblichen Erzeugung auf allen kriegswichtigen Gebieten erhöht werden. Das bedeutet aber eine sehr starke Umstellung der Rohstoffe gegenüber dem friedensmäßigen Rohstoffmix, weiter eine Konzentration der Arbeitskräfte und als Folge davon eine Änderung der Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt infolge der Verschiebung der Erträge wie des Kapitalbedarfs.

Dennoch handelt es sich bei letzteren um Auswirkungen schwächerer Art, wenngleich die Bedeutung der Ordnung des Kapitalmarktes gegenüber der Sachleistung nicht unterschätzt werden darf. Zu dieser Ordnung der Produktionsphäre tritt die im Kriege notwendige Umgestaltung des Verkehrswesens, und zwar sowohl für den einzelnen Betrieb (Kraftfahrzeuge) als auch für die Gesamtwirtschaft, weiter die Umgestaltung des Umlages, des Handels und des Bank- und Börsenwesens. Auf diesen drei Gebieten steht im Vordergrund einer Beurteilung der Dringlichkeit von Transporten, von Investitionen, von Import- und Exporten, die nach der im Augenblick zu lösenden Aufgabe. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Weiterverfolgung der Politik der stabilen Preise, denn die gesamten ordnenden Eingriffe eines wirtschaftlichen Generalstabes im Kriege in allen Produktionszweigen sind dann schnell und wirksam durchzuführen, wenn von der preislichen Seite her und damit zugleich von der Seite der Goldumlaufmittel her keine Störungen oder Verunsicherungen gegenüber den Friedensverhältnissen eintreten, bleiben doch damit die fiktiveren Grundlagen erhalten. Für die Finanzpolitik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, alle

zusätzlichen im Rahmen einer wirtschaftlichen Mobilisierung auszugebenden Zahlungsmittel befürwortigt wieder zu absorbieren durch eine besondere soziale Besteuerung, der Kriegsgewinne. Sodann Wertminderung, die im Material im Kriege eintritt, sollte eine entsprechende Wertminderung der Zahlungsmittel gegenübergestellt werden.

Alle diese Maßnahmen auf einzelnen Gebieten der Wirtschaftspolitik hängen organisch zusammen, greifen ineinander und nur durch eine zusammenhängende Regelung durch den wirtschaftlichen Generalstab wird der größte sachliche Erfolg zu erzielen sein. Diese Zusammenarbeit in Form des Generalstabes ist noch wichtiger als die friedensmäßige Abstimmung zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftspolitik, denn die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, werden schneller und umwälzender gesetzten werden müssen und unter schwierigeren Umständen, als dies in Friedenszeiten möglich ist.

Der militärische Generalstab rechnet mit dem gefundenen Geist der Truppe und ihrem sichereren Bewußtsein, daß ihr Einsatz für das politische Ziel an der zweckmäßigsten Stelle erfolgt. In der Wirtschaft ist es ebenso. Hier rechnet der wirtschaftliche Generalstab mit der gleichen Einsichtbereitschaft und Zuversicht der Wirtschaftsführer und Arbeiter wie bei den Soldaten. Die politische Erziehung ist eine Gewalt für diesen Geist.

Wenn Nationen verbündet Krieg führen, findet zwischen den Generalstäben ein Ausgleich statt, und ein ständiger Meinungsaustausch über die von der einen oder anderen Seite zu erreichenden Maßnahmen. Die Voraussetzung für diesen Ausgleich ist die gründliche Vorbereitung der Generalstäbe bei beiden Partnern. Auch die wirtschaftlichen Generalstäbe sind auf diesen Austausch angewiesen zumal, da die Wirtschaftswissenschaften der Verbündeten oder befreundeten Länder in einem gegenseitigen Aus tauschverhältnis stehen. Die Zusammenarbeit ihrer wirtschaftlichen Generalstäbe ist daher ein unabdingbares Erfordernis, und das Vertrauen in die Tugendhaftigkeit der Entschlüsse des Partners und in die Zuverlässigkeit der Vorbereitungen eine wesentliche Voraussetzung für eine besonnene Politik.

Der militärische Generalstab beginnt seine Arbeiten nicht erst am Kriegstag, sondern er probt unter der Voraussetzung bestimmte Lagen ja viel länger vorher alle Möglichkeiten des Einsatzes der Kräfte, entscheidet über die Wichtigkeit dieser oder jener Operation oder dieses oder jenes Gefechts. Ebenso ist es beim wirtschaftlichen Generalstab. Nur auf Grund jahrelanger gründlicher Vorbereitung kann der wirtschaftliche Generalstab im Kriege die richtigen Entscheidungen treffen. Im Rahmen der Vorbereitungen müssen Unterlagen über die verfügbaren Kräfte beschafft werden über Produktionsgrößen, Rohstoffbedarf, Zahl der Arbeitskräfte, die zur Verfügung stehen, Vorbereitung der Verkehrsmitte, Vorbereitung der Maßnahmen zur Lenkung des Geld- und Kapitalmarktes. Zu seinen Aufgaben gehört aber auch neben der Schaffung von Unterlagen für Entscheidungen im Kriege die materielle Vorbereitung durch Schaffung von Vorräten, durch Verbesserung von Verkehrs wegen, durch Errichtung zusätzlicher Produktionsanlagen, um alle Lücken in der Kapazität zu schließen. Mit diesen Unterlagen sind in der Vorbereitungszeit dann die verfügbaren Lagen und Möglichkeiten auszuprobieren und im Kriegsfall festzustellen, welche Vorbereitungslücken noch zu schließen sind und in welcher Richtung die Politik sich richten muß, um feste Rohstoffe oder Kräfte zu beschaffen.

Eine verantwortungsbewußte Staatsführung greift diese Aufgaben frühzeitig auf und zugleich mit einer beginnenden Aufrüstung, damit jeweils mit erreichter militärischer Stärke die wirtschaftlichen Kräfte mithalten und so die politisch notwendigen Zielen auch bestimmt erreicht werden können. Der Führer hat daher schon vor langer Zeit den Befehl zur Durchführung wirtschaftlicher Generalstabsarbeiten gegeben, so daß die Organisationsarbeiten heute schon auf jahrelange Vorbereitungen und Erfahrungen zurückstehen können, die der Obersten Führung bei ihren Entscheidungen ebenso wie die militärische Vorbereitung und Erfahrungen zur Verfügung stehen.

Des Führers Wille hat damit eine entsprechende Ergründung zur militärischen Nutzung geschaffen, die die Fähigkeit zu blitzschnellem Handeln und damit zur Sicherung der Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes möglich macht.

V. B. 30.9.39.

Chamberlains Finanzpolitik führt Britannien an den Abgrund

Bestürzung über das Kriegsbudget — Überbelastung der armen Volksschicht

Das am Mittwoch von Schatzkanzler Sir John Simon im englischen Unterhaus eingeführte erste Kriegsbudget des Kriegskabinetts Chamberlain hat im englischen Parlament und in der Öffentlichkeit Bestürzung hervorgerufen. Das Kriegsbudget sieht Lasten in einem von niemandem auch nur annähernd erwarteten ungeheuerlichen Ausmaße vor. Die finanzielle Belastung, die das englische Volk während des Weltkrieges 1914—1918 zu tragen hatte, erscheint geringfügig angesichts der außerordentlichen direkten und indirekten Steueraufgaben, die das Kabinett Chamberlain jetzt allen Schichten des englischen Volkes auferlegt. Als in den ersten Septembertagen das Unterhaus einen ersten Zulaufskredit von 500 Mill. Pfund der Regierung bewilligte, glaubte man, damit für eine längere Frist alle durch den Krieg entstehenden Ausgaben gedeckt zu haben. Das am Mittwoch eingeführte neue Kriegsbudget 1939 bis 1940 geht nun über all die bisher bekanntgewordenen Pläne der Regierung weit hinaus und bedeutet, daß das englische Volk vom Beginn des Krieges an sich wird Einschränkungen auferlegen und Opfer tragen müssen, die zwangsläufig das Ende des bisherigen sorgenlosen, gesicherten Wohllebens und des übergroßen Luxus breiter Schichten des englischen Volkes bedeuten.

Das englische Kriegsbudget 1939/40 sieht folgende Zahlen vor: Ausgaben 1933 Mill. Pfund und Einnahmen 995 Mill. Pfund; es verbleibt somit ein Fehlbetrag von 988 Mill. Pfund. Jedoch wird jetzt schon damit gerechnet, daß infolge der Kriegsanforderungen die Ausgaben ziftern bereits im nächsten Monat weiter ansteigen werden, so daß das zweite Kriegsbudget vermutlich auf 3 Mrd. Pfund ansteigen wird. Das Defizit des ersten Kriegsbudgets von 988 Mill. Pfund soll nun ungefähr zu einem Viertel (etwa 220 Mill. Pfund) durch Steuern, der größte Teil jedoch, nämlich 718 Mill. Pfund, durch Anleihen gedeckt werden. Die Arbeiterpartei hat die Regierung sogleich darauf aufmerksam gemacht, daß die Deckung des Kriegsbudgets zum größten Teil durch Anleihen zu einer Überbelastung der armen Volksschichten führen würde. Es wurde betont, daß die Anleihen mangels einer durchgreifenden Preiskontrolle zwangsläufig zu Preiserhöhungen führen müßten und somit die ärmeren Volksschichten in erster Linie die Lasten des Krieges zu tragen hätten.

Das neue Kriegsbudget von 1939/40 sieht eine

weitere Erhöhung der Steuereinnahmen aus direkten und indirekten Steuern um 107 Mill. Pfund vor. Während das erste Lloyd-George-Budget von 1914 eine Höchststeuer auf das Einkommen von 12 v.H. vorlief, beginnt die Skala der Einkommensteuer des gestern eingeführten Kriegsbudgets mit 7,5 Schilling je Pfund und steigt bei höheren Einkommen bis auf 9,5 Schilling je Pfund an. Die Einkommensteuer beginnt somit von nun ab mit 37½ v.H. und steigt aber bei hohen Einkommen auf 50 v.H. und soll sogar weiter bis auf 60 und 70 v.H. erhöht werden. Einen harten Schlag bedeutet für das englische Volk die radikale Erhöhung der indirekten Steuern auf all die Genußgüter, an denen das Herz des Engländer hängt. Das Kriegsbudget erhöht die indirekte Steuer auf Bier, Wein, alle Spirituosen, vor allem aber auf Whisky, Zucker und Tee. Alle Kriegsgewinne

werden von nun an grundsätzlich mit einer Steuer von 60 v.H. belastet.

Es ist verständlich, daß die rücksichtslos durchgeführte und auf einen mehrjährigen Krieg aufgebauten Finanzpolitik der Regierung Chamberlain zu einem außerordentlichen Ansteigen der inneren Staatschulden führen muß. Während bei Weltkriegsbeginn die englische Staatschuld 650 Mill. Pfund betrug, beginnt England diesen Krieg mit einer inneren Staatschuld von 8000 Mill. Pfund. Da nach allen Berechnungen das Kriegsbudget in kurzer Zeit auf 3 Mrd. Pfund ansteigen wird und hiervon nur 1 Mrd. durch Einnahmen gedeckt ist, wird damit gerechnet, daß die englische Staatschuld in kurzer Frist auf 10 bis 12 Mrd. Pfund ansteigen wird. Die damit bedingte Zinslast wird die Regierung vor die Zwangsnotwendigkeit stellen, entweder zu einer Entwertung des Pfundes zu schreiten oder andere Radikalmittel einzusehen, um die unerträglich anwachsenden Lasten zu mindern. Die Finanzpolitik des Kriegskabinetts Chamberlain bedeutet jedenfalls eine radikale Umstellung der gesamten bisherigen Finanzwirtschaft Englands und darüber hinaus eine Belastung des englischen Volkes in einem Ausmaße, wie sie die englische Geschichte bisher noch nicht gekannt hat.

Englands knappe Vorräte

Nach dem Londoner „Economist“ versiegte England Ende August über folgende Warenvorräte:

	Durchschnittl. Jahresbedarf	Warenvorrat 31. 8. 38 (in 1000 t)	Monats- bedarf
Weizen	6 713	320	460
Mais	3 147	95	97
Gerste	1 610	33	36
Zucker	2 246	348	348
Fleisch	3 086	28	28
Butter	526	72	75
Wolle	312	53	77
Mineralöle	10 080	111	85
Nickel	21	6	12
Kupfer	270	36	30
Blei	333	9	12

Wenn man diese Ziffern liest, versteht man die Nervosität der englischen Regierung, die Tag für Tag neue Bewirtschaftungsmaßnahmen einleitet und damit den Wirrwarr nur noch vergrößert.

Es kann ja sein, daß bei den einzelnen Lebensmitteln und Rohstoffen die wirklichen Bestände über die vom „Economist“ genannten Zahlen hinausgehen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß England im Begriffe ist, mit ungenügenden Vorräten in den Krieg gehen.

Wie es um den Ertrag der englischen Landwirtschaft bestellt ist, ist ja hinlänglich bekannt. Den Ausschlag gibt die Tatsache, daß der größte Teil der im Lande verzehrten Lebensmittel eingeführt werden muß. Solange normale Verhältnisse herrschen, hat dies für England auch weiter nichts auf sich. Jetzt liegen die Dinge aber anders, und die kommenden Wochen werden zeigen, bis zu welchem Grad England die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe gelingt.

Welch ungeheuren, vorher bestimmt nicht in Rechnung gestellten Schwierigkeiten England heute gegenübersteht, geht schon daraus hervor, daß die Regierung Anweisung geben mußte, nicht in Pfunden, sondern in der betreffenden Landeswährung zu zählen, die aber auch erst wieder beschafft werden muß.

Eine weitere Wirkung der knappen Vorräte ist die Preissteigerung. Zeitungsmeldungen zu folge muß diese teilweise schon eine ganz beträchtliche sein. Dabei ist dies alles erst ein Anfang, denn die Auswirkungen der steigenden Schiffsschäften, Versicherungen usw. werden von Woche zu Woche mehr in Erscheinung treten. Vielleicht dämmt den englischen Kriegsbezirken, daß ihr Patentmittel der Aushaltung bei sich selbst wirksam wird.

T. 4.10.39.9

WAR AND TRADE

BRITISH WAY WITH NEUTRALS

AN ORDERLY SYSTEM

Only a month has passed since the beginning of the campaign to disorganize German economic life and to bring home to the people of the Reich the manner in which they are being sacrificed to the senseless ambition of their dictator. In this short time encouraging progress has been made in several directions. Initial success in the first objective of intercepting contraband on the way to the enemy has been almost spectacular, although optimism must be qualified by Mr. Chamberlain's warning that Germany possesses stocks of varying size of the raw materials she usually imports.

A summary of the official figures compiled by the Contraband Control shows that seizures amount to no less than 256,000 tons of goods as to which there was evidence that they were contraband consigned to the enemy. These goods included nearly 65,000 tons of petroleum products, over 60,000 tons of iron ore, 37,000 tons of manganese ore, 8,000 tons of haematite ore, 21,500 tons of bauxite, and large tonnages of other minerals, cattle food, chemicals, and rubber, together with numerous mixed cargoes. During these early weeks about 9 per cent. of the total German annual import of manganese ore, which is of great importance for the preparation of special steels, was intercepted. A writer in *The Times* last Saturday, discussing the likelihood of Russian supplies of manganese ore, pointed out that in the first half of this year the U.S.S.R. sent to Germany less than one-tenth of the quantity which the Contraband Control has already secured. An even more important proportion of Germany's annual supply of molybdenum concentrates, which are essential for the production of bullet-proof and other steels, has been seized. In addition 100,000 tons of contraband, including 24,000 tons of liquid fuel, have been taken by the French Navy.

THE SAAR COAL

The stoppage of iron ore and petroleum products has manifold repercussions. Any diminution in the supply of imported iron ore means that Germany must have additional recourse to her own low-grade ore which is being worked at an extravagant expenditure of coal. Similarly, decreased imports of petroleum products mean that increased efforts must be made to obtain substitutes by processes which require large stocks of coal. And more coal is required to meet increased demands for cement for fortifications, motor roads, and chemical manufacture. It is significant that as soon as the Germans were forced to abandon the Saar mines they sent the coalminers so released to the Ruhr pits. There they have been badly needed, since little success has attended the efforts long made to accelerate output. Production *per capita* has declined owing, it is said, to weakened physique through under-nourishment; while the owners have been unable to effect overdue renewals of their machinery and equipment, because the engineering industry has not been obtaining the fuel and other material it wants. Such difficulties will obviously have been increased as a result of the Contraband Control operations. It is worth recalling here that Saar coal was to have been the medium of exchange for Italian foodstuffs.

At the same time the Contraband Control is

using every effort for another purpose to which the British Government attach the greatest importance.²⁰ It is endeavouring to carry out its operations with a minimum of inconvenience to neutral countries. This fact has been acknowledged by more than one of the Governments concerned. Recognition of the endeavours of the Allies to take account of the trading needs of non-combatants has been strengthened by the strong contrast seen in the ruthless methods which the Nazi Government have decreed.

The difference between British and German methods of conducting war against commerce at sea comes largely from the use made of the submarine. This vessel is wholly unfit for dealing with commerce, since it can only with difficulty and in exceptional circumstances be so employed as to conform with the accepted rules of war. A belligerent seriously desirous of conforming to these rules will restrict the employment of the submarine, a vessel incapable of visiting and searching a neutral ship to verify her nationality and establish the nature of her cargo. Consequently, the German practice, unlike the British, gives the neutral shipowner and merchant no chance to plead his cause before a prize court, but condemns him to the certain loss of both ship and cargo. The ordinary British practice is to release the ship after the suspected contraband has been unloaded for judgment by a prize court.

SHIPS AND THE CARGO

There is a sharp distinction also between the effect of British and German methods on neutral cargoes in belligerent vessels. The British regulation is that an enemy merchant ship may be sunk only if she cannot be brought in, and officers are informed that compensation may have to be paid for neutral non-contraband cargo if the enemy ship is sunk without due cause. The German practice, on the contrary, has been, with few exceptions, to sink British merchant ships without reference to any neutral cargo carried; and it should be noted particularly that the submarine, which the enemy uses for this purpose, is by its very nature incapable of bringing in its captures.

Germany has shown further disregard for any law by sinking neutral ships on the ground that they are carrying contraband to Britain. In fact, only in exceptional circumstances are neutral ships liable to condemnation for the carriage of contraband, the contraband articles alone being normally liable. As Great Britain depends for her existence on seaborne trade both in war and peace, her interests coincide with those of neutrals and are therefore directed, like theirs, to maintaining normal conditions of trading. German propaganda seeks to convince neutrals that Britain, by including foodstuffs as conditional contraband, is conducting a blockade that is both inhumane and illegal. Yet she is doing no more than the Allies, including the United States, did in the last War. Neutrals and others alike will remember that, from the day when Göring told the German people that it was better for them to have guns than butter, they have been denied adequate nourishment and had to tighten their belts.

In contrast with the loss of life caused by enemy submarines, starting with the *Athenia*, no civilian has been killed by British action and no neutral property, except contraband, is threatened. In short, whereas the British method of contraband control is lawful and not directed against human life or innocent cargoes, German economic warfare is now as in the past violent and undiscriminating, although individual U-boat commanders have behaved humanely. The instruments employed by Britain, under the control of properly constituted Courts, permit full conformity with the laws of war and prevent loss of life or unnecessary damage. Mr. Churchill has summarized the position by pointing out that, while ships of many nations have been sunk in German

TIMES, 19.9.39.

ECONOMIC WAR

VAST MACHINE AT WORK

WORLD-WIDE NET FOR CONTRABAND

From Our Trade Correspondent

In various official statements the Government have made it quite plain that they are exercising belligerent rights at sea to the full. Although, as they have also pointed out, the word "blockade" is often used as a convenient way of describing economic warfare based on the exercise of these belligerent rights no blockade of Germany in the formal sense of the term has been declared. At the same time vessels will not, of course, be allowed to proceed with contraband cargo having either immediately or ultimately an enemy destination.

The present procedure is in essentials the same as that adopted in the last war. A Contraband Committee is again functioning, but with the significant addition of a Ministry of Economic Warfare whose establishment may be regarded as the outward and visible sign of the vast expansion of an organization which, after many trials and much friction ultimately proved such an effective weapon a quarter of a century ago. But we start where we then left off.

Without delving into international law or legal niceties an attempt may be made to outline broadly what is involved in this great effort which Great Britain has again been forced to make in order to stop the flow of vital commodities to Germany; in other words, to describe in general terms the modern equivalent of the old-time blockade. In former days—and a good example is provided by the American Civil War—the blockade was a comparatively simple and circumscribed affair. A chain of warships patrolled a port or a strip of coast and so effectively prevented any ship from entering or leaving. The "blockade runner" was familiar and his enterprise often brought him a rich harvest. The effectiveness of the blockade was easily determined; and so long as the rules remained unchanged it used to be argued before the war of 1914 that with the ever-widening area of conflict a blockade in the future would be impossible to enforce. But in dealing with a continent a blockade of the old kind is out of the question, and as a matter of fact it disappeared in the last war. International law had to be stretched to meet the new conditions. A new kind of blockade developed gradually and for the most part was improvised. Germany's flagrant breaches of international law and all the civilized rules of maritime warfare provided ample justification for new measures.

OIL FUEL

But whatever terminology may be used, the object of the present measures is the same as that which every blockade since the dawn of history has had—namely, to impede the supply of vital commodities (contraband) to the enemy and if possible to prevent them from reaching him. The conditions of every war change, the relative importance of commodities may alter—last time coal was paramount, this time it is oil fuel—but whatever else is changed, the objective of every blockade is the same: the stoppage of supplies to the enemy. And to achieve this

purpose the technique is adopted of course, the barbaric methods of the German U-boats—to make it as effective as possible.

An instrument world-wide in scope is, therefore, devised. It uses all the forces which the Allies possess—their vast economic power, their finance, insurance, business connexions, and "agents" in every corner of the globe. All the machinery set up last time for this purpose has been overhauled in the interval between the two wars, and there is no doubt that it will bear the strain placed upon it. It begins to operate far oversea. All the possible sources of supply are known and watched, and at this early point there is set in motion the work of impeding the passage of goods to Germany. Every stage of their movement is kept under observation; difficulties are placed in the way of their finance, their insurance, and their transport, and the names of those firms who are known to be supplying Germany go on a black list. The seizure of the goods at sea or in port is only the final step in this ceaseless activity; in fact, it may be sometimes desirable to permit the shipment of the goods for the express purpose of subsequent seizure nearer home. It will be seen that the modern blockade is a far different thing from the comparatively simple operation which earlier generations knew.

As in the last war the Government have established contraband control bases. In this country they are at Kirkwall, Weymouth, and The Downs (North Foreland). There are also two oversea—at Gibraltar and Haifa. Last time ships trading regularly to Europe called voluntarily at this kind of station. They found it to their advantage to do so, and there is no doubt that they will readily fall in with the British Government's request to do so again. If they do, and it is established that they carry no contraband, they may be given a pass to facilitate their onward journey. Vessels which do not call voluntarily will be liable to be diverted to a base when adequate search is not practicable. Neutral vessels are advised that delay will be reduced to a minimum if they cooperate by having all their papers drawn up in the most convenient form and carry a spare copy of the full ship's manifest to be handed over and retained by the examining officers.

POSITION OF NEUTRALS

Ships which undertake the risk of carrying contraband suffer the penalties of confiscation when they are detected. As enemy ships have disappeared from the seas it follows that only ships of neutrals will come under observation, and as enemy goods in a neutral ship cannot be seized unless they are contraband, the Government have published a list of such contraband goods. During the last war owing to the unrestricted submarine campaign of the enemy Reprisal Orders in Council were issued by the Government which enabled them to seize enemy goods in neutral ships wherever found and whether contraband or not. But the normal position is that only goods on the contraband list which are proceeding to an enemy port or neutral port from which they are to be forwarded to an enemy country are liable to capture. The ship will be brought to one of the examination stations and the manifest and other relative documents submitted to the Ministry of Economic Warfare, who will decide whether the evidence of immediate or ultimate destination is sufficient to justify seizure. If so, the ship will be ordered to be handed over to the Prize Court for discharge, that is unloading, by the Customs. The Admiralty Marshal then becomes responsible for its care and custody pending the result of proceedings in a Prize Court, which is, of course, a special Court established in time of war to decide whether or not a ship or a cargo shall be confiscated and requisitioned or

ECONOMIC WAR**21.9.39.****TO THE EDITOR OF THE TIMES**

Sir,—It has been my lot as an independent critic of public economy to study the finance of war since 1899, not merely in the abstract but in intimate relations with first-class Treasury officials, banking experts, and practical business men. This war presents at the very outset more difficult problems to the Chancellor of the Exchequer and to Ministers responsible for our internal and external trade than any preceding conflagration, though Pitt, in the great conflict with Revolutionary France, was very soon at his wit's end to find the money and maintain the national credit. In regard to debt and taxes, we start much as we were at the end of 1918. Luckily Germany is in a far worse plight, practically without gold or liquid resources, or adequate means of paying for indispensable imports. The Allies, therefore, should be able to win a war of exhaustion but to do so they must eliminate all unnecessary expenditure and all waste, public and private.

Instructions, I suggest, should be sent out to officers and officials dealing with public money to cut down all redundant staffs, to relax or remove all unnecessary controls, to remember that agriculture, productive industry, and commerce are essential to the maintenance of the national revenue and credit. Every individual doing useful, productive work, who is lured by a high wage or salary into a snug but useless billet, becomes a burden. The State is not omniscient. It is no wonder that mistakes were made at home after war broke out. I refrain from illustrations, but I earnestly hope that reforms and retrenchments will be effected speedily. To suppress extravagance, to reduce waste and above all to remove the mischievous regulations that hamper business and strangle trade—these I believe are among the most urgent duties of Ministers.

Yours, &c.,

FRANCIS W. HIRST.

13, Kensington Park Gardens, W.11,
Sept. 18.

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—No part of your article on Economic War is more welcome than the last paragraph, and it is to be hoped that its brevity will not lead those in authority to overlook the extreme importance of its implications.

It is not enough to stop contraband on the high seas. We must out-bid the enemy in those neutral markets from which the Navy is unable to exclude him. One hopes that the new title—Ministry of Economic Warfare instead of the old Ministry of Blockade—is an indication that this need is recognized. But new Departments are liable to be weak as compared with old-established Departments—a truth illustrated by the recent experience of the Ministry of Information in regard to news about the arrival of the British Forces in France. And unless the wide scope of economic warfare is fully understood, there may be danger of the Treasury or the Board of Trade checking war efforts of great value by the application of departmental standards which are too narrow for the occasion.

The principle that we should buy in the cheapest market, though sound, is liable to fallacious interpretation. We must get what we want as cheaply as possible. But what we want is victory. And war economy does not mean that we ought to purchase every particular instrument of warfare in the cheapest market, or what appears to be such at first sight.

A concrete example may illustrate the principles involved. If it pays us to give a certain price for oil obtained from sources not available to Germany, it must pay us to give anything up to double that price for oil which would go to Germany if we did not buy it. Even if we could not get the oil to our ports, or did not need it, the purchase and destruction of oil which Germany would otherwise obtain would justify at least as much expenditure as would be needed to obtain the same quantity for ourselves from supplies unattainable by the enemy. A Ministry of Economic Warfare should treat the proverbial dog in the manger as a mascot.

Yours faithfully,

REGINALD LENNARD.

Lower Heyford, Sept. 19.

AMERICA AND EUROPE

NEUTRALITY ISSUE JOINED

Turris, 20.9.39.

TRADITION AND THE WAR

The definition or redefinition of neutrality will be the business of the emergency Session of Congress which will open at President Roosevelt's summons to-morrow.

From a Correspondent in the United States

It will be the task of Congress to decide the United States' first act of policy in the present war. Once war was declared, the emergency Session was inevitable. But it is typical of American political habit that the President's spring-time appeal to keep Congress in session throughout the summer, for fear the war should come to pass, was then violently rejected. And it is easy to see in the rocky progress of neutrality discussion this year a classic American pattern.

No nation so reveres, or quotes so often, the written records of its early founders, which is natural enough since the Federation was founded on a new idea in human government. Yet no nation is more unwilling to legislate ahead from that record and that idea. Every time neutrality has been mentioned in the past few years a Congressional *bloc* has quoted the colonial scripture and especially Washington's farewell address. Yet Congress always stops short of making convictions into law before the fact. This is a strange instinct in an extremely logical people. And the neutrality debate proved again that nowhere does one see so subtly and instinctively blended the warp of pragmatism and the woof of tradition. Now that the war has come, and the United States possesses no pre-defined policy, the people are on the whole well satisfied.

A GALLUP POLL

This lack does not mean that the American people lack sturdy convictions about the war and its causes. On September 3 the Gallup poll indicated that 87 per cent. of American popular opinion was overwhelmingly in favour of the Allied cause. The record of Adolf Hitler was well in mind. There was a remarkable absence of outraged feeling at the sinking of the *Athenia*. It is doubtful, indeed, if this event caused any considerable conversions, for the general opinion of it is best summarized in Mr. Howard Brubaker's tart comment:—"It would have been an act of sheer stupidity for the Nazis to shock world opinion by sinking a west-bound passenger ship. We may therefore safely assume that they did so." In spite of this majority sense the country was about evenly divided on the need for neutrality revision. Washington was generally agreed that if the President speedily summoned Congress he would not find it hard to have the present embargo lifted and even to restore the cash-and-carry clause which expired on May 1. But the President was anxious to anticipate the line of the opposition before Congress was in session. He

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie 2014. This Congress was in session. The wanted to discover the best way of assuring that the Session should be short and restricted to neutrality debate. He feared that a Congress arguing at length might soon get out of hand and give the country the disagreeable idea that the country itself was divided. There are other excellent reasons for the President's circumspection, and they must be summarized, but there is no doubt that before the battle begins he may have lost as much as careful generalship has gained him.

The opposition has had time to crystallize and to base its instinctive fears on forceful precedent. The newspapers have been able to reprint the previous war-time feuds over neutral rights at sea, which developed between the United States and the Allies, as well as between the United States and the Germans, before 1917. The magazines have marshalled their best isolationist spokesmen and noted that the United States now faces the identical problems in Anglo-American relations as it dealt with them, to the French advantage, in 1794. The biggest snag the Administration has run into, however, is the swift progress of the war itself. After 10 days of a new European conflict American merchant vessels are again being submitted to the very methods of search and detention in British harbours which only after three years of war produced the extreme tension last time, and which caused Sir Edward Grey to remark when the War was over, "We came nearer to a breach with the United States than even the most cautious of us realized at the time." During those 10 days Americans, trying to recall how embittered they had been 20-odd years ago by the holding up of American vessels in English ports, were suddenly offered anew the concrete examples of the Black Eagle and the Black Osprey. It is true that immediately after the American intervention in 1917 an exchange of Notes between the American Secretary of State and the British Ambassador at Washington detailed an agreement which virtually approved the contravention of what had been held to be neutral rights before 1917, and gave Britain the right to take on next time where it left off in 1918. Though true, it is unfortunate that Americans are better able to remember their fury, and their losses, than the *carte blanche* exchanged by them as subsequent allies.

It has been mentioned in Washington that the President, after his numerous telephone talks with party leaders, is assured of a majority vote of at least 50 in the Senate. But to-day he faces an aroused opposition and nothing can be taken for granted.

AN EXHAUSTIVE DEBATE?

English observers, who were told a fortnight ago that the cash-and-carry plan would be rapidly and automatically restored, may wonder at the President's delay. They may also, in the next two weeks, have cause to gird at what might become an exhaustive debate. The good relations of Great Britain and the United States can be helped by patience in these difficult days, but they may be helped a great deal more by the insistence that traditional principles, and not alone self-interest, are being consulted by a sincere opposition with the ancient lion of Idaho, Senator Borah, at its head. And it is in place here to summarize the traditional arguments, for the Presidential delay is as much due to watching and weighing them as to any merely political tactics.

The sheet-anchor of isolationists floundering against the tides of current emotion and prejudice is the Washingtonian doctrine that Europe has, and has continued to have, "a set of primary interests" which over and over again are vexed by "ambition, rivalship, interest, humour, or caprice," and which the United States can meddle in only at grave peril to the Republic. To these believers the Monroe Doctrine supplemented Washington's advice and gave final notice to Europe that the United States held European power-politics to be so insoluble that the best it could do would be to undertake the huge task

TIMES Russian Oil 19-9-39.

A study of available statistics goes far to remove the fear that Russia's entry into the war arena will ensure Germany of ample oil supplies. Reliable information regarding Russian oil production and consumption is difficult to obtain, but foreign trade returns show that in recent years exports have been falling rapidly. In fact in 1938 they amounted to no more than 930,000 tons, and in view of the continued expansion of domestic requirements it seems probable that they have declined further during the current year. Thus, even if Russia had remained strictly neutral she would have had but a small surplus available for the belligerents. Now that she has mobilized some 4,000,000 men all of this surplus, and more, will be required to maintain her armies in the field.

Of course, Russia has great potential reserves, but it is doubtful if her existing methods permit them to be properly tapped and production increased; even if she is willing to accept German technical assistance it must of necessity be some considerable time before the additional oil becomes available. Moreover, lack of transport facilities will prevent any large quantities of Russian oil from reaching Germany, despite the fact that the territories of the two countries are now more or less contiguous.

But even if the oil is available and transport can be arranged, it would be wrong to assume that Germany will be able to obtain all the oil she requires, for she will find it difficult to pay for it. Her foreign exchange resources are known to be quite small, and Russia is hardly likely to allow her credit. It is true that some barter arrangement could be made—Russian oil for German machinery, for instance—but long before the War Germany's labour force and manufacturing facilities were strained to the utmost, and it is difficult to imagine that output can be expanded now that all her man-power has been drawn into her fighting forces.

Berliner Ausgabe

Ein, Sonntag, 15. Oktober 1939

LITER

Immerstr. 88 :: Sammelruh: 11.00-22. Sprechst. 12-13 Uhr.
hener Schriftleitung: München 13, Schellingstr. 39. Sammel-
r Schriftleitung: Asten VII, Seidengasse 9-11. Sammel-
täglich Bezugspreis mtl. RM. 2,60, wöchtl. RM. 0,65 bei
Zustellung durch die Post RM. 2,90 zuzügl. 42 Pf. Bestellgeb.

IS Flotte

dauert und lägt

Sichern Geleitzüge Englands Zufuhren?

Von Admiral z.V. Prentzel

Als der Erste Lord der britischen Admiralität, Herr Winston Churchill, wenige Wochen nach Beginn des Krieges dem Parlament seinen ersten Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der britischen Flotte vorlegte, kam er nicht um das Geständnis herum, daß die englische Handelsfahrt vom ersten Tag der Auseinandersetzung an empfindliche Verluste durch deutsche U-Boote erlitten hatte. Er tröstete seine besorgten Zuhörer mit der Versicherung, die deutschen Erfolge würden in kürzester Zeit aufhören. Sie seien nur möglich gewesen, solange die britische Handelsfahrt noch nicht auf den Krieg eingestellt war, solange die Schiffe einzeln den englischen Küsten zustrebten. Jetzt aber werde man zur Praxis des Kriegs zurückkehren und die Handeldampfer zu Geleitzügen (Konvois) zusammenstellen, womit eine ausreichende Sicherung gegen deutsche Angriffe geboten sei. Erörtern wir kurz die Frage, was das bedeutet und inwieweit Herr Churchill berechtigt ist, das Geleitzugsystem als unbedingte Sicherung der britischen Handelsfahrt zu betrachten.

Ein Galoismus kostet nie einen Franken

Anzahl von Handelsschiffen, die von Seestreitkräften begleitet und geschützt werden. Das militärische Geleit bilden in der Regel Zerstörer oder Kreuzer; auch Schlachtschiffe und Flugzeugträger kommen dafür in Betracht, je nach Wichtigkeit und Größe des Geleitzuges. Wenn auch die Erfahrungen des Weltkrieges vorliegen, auf denen aufgebaut werden kann, so wird doch bis zur Durchführung eine gewisse Zeit vergehen, da die Zusammenfassung der Handelsschiffe für den Marsch über den Ozean große vorbereitende Organisationsarbeit erfordert. Fraglich bleibt, ob England das Geleitzugsystem allgemein oder nur auf den wichtigsten Seesträßen einrichten wird, was wesentlich von der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Begleitfahrzeugen abhängt.

Als das Inselreich im Jahre 1917 im Kampfe gegen die deutschen U-Boote zur Bildung von Geleitzügen überging, um den empfindlichen Verlusten an Handelsschiffstraum zu begegnen, griff es auf eine Methode des Handelschutzes zurück, die in der Segelschiffzeit allgemein gebräuchlich war. In den großen Seekriegen der Vergangenheit hat der Kampf um Geleitzüge häufig eine entscheidende Rolle gespielt. Freilich brachte die Neuzeit mit ihrer gewaltigen marinetechnischen Entwicklung für die Taktik der Geleitzüge völlig neue Gesetze.

Die Sicherung gegen U-Boot-Angriffe erforderte eine sehr eng geschlossene Formation der Handelsschiffe, die nach Signalen der sie begleitenden Kriegsschiffe fahren und imstande sein mußten, Kurs und Fahrt schnell zu ändern. Demgemäß durfte die Zahl der Schiffe ein gewisses Höchstmaß nicht überschreiten, damit der Geleitzug nicht unbeweglich wurde. Von den Schiffskapitänen mußte genaues Positionthalten verlangt werden, um mit dem Geleitzug manövrieren zu können. Die anfangs gehegten Zweifel, ob die Handelsschiffe diese hohen Anforderungen würden erfüllen können und ob nicht Verluste durch Zusammenstöße an der Tagesordnung sein würden, haben sich als unberechtigt erwiesen. Bedenken dieser Art ließen aber in England den Entschluß zu dieser Art Handelschutz erst langsam heranreifen. Es kam hinzu, daß die Engländer, wie aus den Aufzeichnungen ihres Flottenhefts, Admiral Jellicoe, hervorgeht, zu Beginn des Jahres 1917 nicht genügend Zerstörer bereit hatten, um die erforderliche Begleitung für die Geleitzüge zu stellen. Erst der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten (April 1917) setzte sie dazu in Stand. In der Regel wurden bis zu hundertens 30 Schiffe zu einem Geleitzug zusammengefakt, die in vier bis sechs Liniens nebeneinander fuhren. Begleitung waren meist Zer-

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Störer, bei langsamem Geleiten bewaffnete Fischdampfer, die vor und seitlich der Handelschiffe fuhren. Im weiteren Verlauf des Krieges zog man auch größere Schiffe dazu heran.

Mit der Zusammenfassung von Handels Schiffen zu größeren Verbänden sind verschiedene *Nachteile* verbunden. Zunächst muß sich die Geschwindigkeit eines solchen Verbandes nach der des langsamsten Schiffes richten; schnelle Schiffe können ihre Geschwindigkeit nicht ausnutzen; ihre Reisen dauern also länger als notwendig. Starke Verzögerung entsteht auch dadurch, daß die Schiffe in einem Hafen oder an einem Treffpunkt in See gesammelt werden müssen. Umgekehrt bringt das gleichzeitige Eintreffen zahlreicher Dampfer die Gefahr der Überlastung einzelner Häfen, damit verbunden Entladungsverzug mit sich. Schwierigkeiten, die durch einen sehr sorgfältigen Verteilungsapparat wohl gemildert, aber nicht ganz ausgeschaltet werden können.

Wie bekannt, geriet England im Weltkriege durch die dauernden Schiffsverluste in die größte Bedrängnis, die nur durch rücksichtslosen Raub neutraler Schiffe und äußerste Beschleunigung des Neubaus von Handelsschiffraum nicht nur im eigenen Lande, sondern auf den Werften der ganzen Welt, besonders in den Vereinigten Staaten, überwunden werden konnte. Auch im jetzigen Kriege wird das Schiffstraumproblem wieder eine wichtige, wenn nicht ausschlaggebende Rolle spielen; der Kampf ist schon heftig entbrannt.

Was die Zahl derjenigen Schiffe anbelangt, die für die Seезufuhren hauptsächlich in Frage kommen, so ist England noch Angaben, die im letzten Jahre im Parlament gemacht wurden, mit etwa 2000 Schiffen weniger in diesen Krieg gegangen als 1914. Allerdings sollen die vorhandenen größer und schneller sein als die damaligen. Ferner betrachtet England das Mittelmeer als unsichere Fahrtstraße, die vielleicht in diesem Kriege für englische Schiffe ganz ausfallen könnte, so daß dann Transporte von und nach Indien um Afrika herum müssen, was teilweise heute schon geschieht. Dies würde merkliche Verzögerungen bringen und sich für die Versorgung des Mutterlandes ungünstig auswirken. Ob sich im jetzigen Krieg in der Nordsee überhaupt Geleitzüge durchführen lassen, muß die Zukunft lehren. Wohl hat England die skandinavische Schiffahrt zu überreden versucht, sich englischem Kriegsschiffsgleit zu unterstellen, doch anscheinend ohne Erfolg. Die Kontrolle des Seehandels durch unsere Zerstörer und Torpedoboote im Skagerrak und Kattegat und die erfolgreichen Streifen unserer schweren Seefliegerkräfte im Verbin-

dung mit der Luftwaffe in der nördlichen Nordsee zeigen, daß die Herrschaft in diesem Seeraum nicht England gehört und Geleitzüge dort sehr gefährdet wären.

Schon im Weltkriege sind wir gegen die zwischen Norwegen und den Shetlandinseln fahrenden Geleitzüge mit Erfolg vorgegangen. Im Oktober 1917 stieß eine Kreuzergruppe im Morgengrauen auf eine unter militärischer Bedeckung fahrende größere Zahl von Fahrzeugen, die in dem entstehenden Kampfe fast restlos vernichtet wurden. Ähnlich ging es wenige Wochen später einem anderen Geleitzug, der von deutschen Zerstörern gestellt wurde. Beide Schiffsverbände hatten sich „unter dem Geleit feindlicher Kriegsschiffe allen Gefahren des Krieges ausgesetzt“, wie Artikel 32 der am 28. August 1929 erlassenen deutschen Prisenordnung besagt, und waren dabei größtenteils umgekommen. Die Alliierten stellten dann in diesem Gebiet Schlachtschiffe als Geleitsicherung ein, wozu in der Regel ein amerikanisches Geschwader verwendet wurde. Unter Einsatz der ganzen Flotte versuchten wir im April 1918 dies zum Kampfe zu stellen, stießen aber ins Leere. Der englische Gegner verzichtete auf Ausnutzung der günstigen Gelegenheit, die deutsche Flotte weit von ihren Stützpunkten entfernt entscheidend anzugreifen.

Zeigen diese Beispiele, daß die Seeverbindungen Englands nach Skandinavien schon im Weltkriege stark umstritten waren, wieviel mehr heute, im Zeichen gesteigerter Schiffsgeschwindigkeiten und besonders der Luftwaffe, deren Rolle im Handelskriege erst begonnen hat. Die Erfahrungen im Spanienkriege und die Schläge, die unsere Luftstreitkräfte den Briten bereits in der Nordsee versezt haben, lassen erwarten, daß die Luftwaffe im Kampf um den Schiffsraum und die Versorgungsmöglichkeiten des englischen Inselreiches noch sehr bedeutungsvoll werden kann. Die Zukunft wird es erweisen; gleichzeitig werden unsere U-Boote und anderen Seestreitkräfte — wie bereits bisher, mit bestem Erfolg — den englischen Seezufuhren zu Leibe gehen. Auch Geleitzüge werden sie daran nicht hindern können.

Anträge auf Wiedereinstellung in die Wehrmacht

Berlin, 14. Oktober.

Auf Grund zahlreicher Anfragen wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Wiedereinstellung in die Wehrmacht nur an die für den Antragsteller örtlich zuständigen Wehrbezirkskommandos oder Wehrmeldeämter zu richten sind. Von der Vorlage solcher Anträge an die Oberkommandos der Wehrmachtsteile ist abzusehen.

GERMAN RESOURCES

THE PROFITS OF AGGRESSION

13.9.39.

A COMPARISON WITH 1914-18

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Your Special Rotterdam Correspondent reported to-day a claim that, as a result of the conquest of Poland, German coal production will be increased by one-quarter, steel production by more than 2,000,000 tons, and zinc production by 100,000 tons. If this were actually the case it would not be of outstanding importance. It is as well to remember that during the period 1914-18 Imperial Germany had at her disposal not only the very parts of Poland now seized but also all the remainder of that country, together with the raw materials and foodstuffs of Belgium, the North of France, and vast areas to the east, north-east, and south-east of the German Empire. In the terms of the States of to-day, Germany could then command the produce of South Finland, all the three Baltic States, Poland, Yugoslavia, parts of Albania, Rumania, Bulgaria, parts of Soviet Russia, including the Ukraine, Turkey, Syria, Palestine, Iraq, and Arabia: yet all this vast territory, four times as large as that controlled by the Nazis to-day, proved insufficient. The British Navy, then as to-day, was in a position to enforce a blockade so complete as to cut off all the essential sea-borne supplies.

Furthermore, during the period 1914-18 Imperial Germany had sufficient gold reserves and credit to finance purchases from her neutral neighbours. To-day, with credit exhausted, negligible gold reserves, and an acute shortage of foreign exchange, it is clear that the Nazis will not be able to buy as Imperial Germany could almost until the end of the last War. Already the German mark had no rate of exchange at all in Amsterdam yesterday.

It is true that any such and other surplus as mentioned above can be used by Germany for her barter system as exchange for other materials badly needed. But in the long run Hitlerism, weak not only economically and financially but also morally, is doomed to fail and to fall.

Yours very sincerely,
ERNST JACKH.
20, Stockleigh Hall, N.W.8, Sept. 12.

Die Kriegswirtschaft der anderen**Wo liegen die Interessen der nordischen Staaten?**

In Dänemark, Schweden und Norwegen stehen sich die Stimmen, welche die englische Wirtschaftskriegsführung gegen die Neutralen verurteilen. Und es mehrten sich die Stimmen, die darauf hinweisen, daß die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen der nordischen Staaten mit Deutschland ein lebenswichtiges Interesse dieser Staaten darstellt.

Man erinnert sich des Weltkrieges.

Damals versuchte England mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, den Handel der nordischen Länder zu überwachen und zu unterdrücken. In Dänemark wurden als Kontrollorgane des Außenhandels die „Großherren-Societät“ und der Industriekrat errichtet, welchen die Importeure ihre Bistros, Lager u. a. zur Beschaffung und zur Prüfung der Bücher und Geschäftspapiere zu öffnen hatten. In Schweden hatte diese Überwachungsfunktion die „Tranbitio Act.“, und in Norwegen wurde eine Kontrolle des Außenhandels durch einen Zusammenschluß der Regierungsorgane mit den britischen Konsulschaftsbehörden hergestellt. Trotzdem gelang es Deutschland, seine Stellung im Außenhandel der nordischen Länder im Weltkrieg nicht nur zu behaupten, sondern sogar zu verbessern. Und es muß in diesem Zusammenhange daran erinnert werden, daß diese Verbesserungen vorwiegend auf Kosten Englands erfolgten. Dies lag praktisch folgendermaßen aus:

Während von 1913 auf 1915 die dänische Ausfuhr an Butter nach England von 85 300 auf 66 300 Tonnen zurückging, vermochte Deutschland seine Zufuhr aus Dänemark von 2200 auf 25 200 Tonnen zu erhöhen. An Schweinefleisch bezog England im Jahre 1913 rund 9400 Tonnen, 1915 nur noch 1900 Tonnen; Deutschland dagegen vermochte seine Beute von 3800 auf 17 900 Tonnen zu steigern. Dänemarks Cerausfuhr nach England zeigte einen Rückgang von 30 000 auf 18 800 Tonnen, nach Deutschland dagegen eine Zunahme von 1200 auf 13 000 Tonnen. Und über Schweden und Norwegen gilt sowohl für wichtige Produkte der Rüstung und der Fischerei wie auch für einige Rohstoffe, die für unsere Kriegsindustrie Bedeutung hatten, das gleiche. Die Zufuhr phosphorarmer schwedischer Eisenrohre sowie die Zufuhr von Ferrosilizium und anderen wichtigen Ferrolegerungen aus Schweden wurde aufrechterhalten. Wir bezogen ferner aus Schweden Kupfer sowie beträchtliche Mengen von Zellstoff. Norwegen lieferte uns mit Ridel, Kupfer, Schwefelsäure sowie mit größeren Mengen von Natriumsalpeter.

Mir selbst waren bestrebt, den nordischen Ländern nach besten Kräften das, was sie brauchten, zu liefern. Die große Lehre des Weltkrieges war, daß es im Wirtschaftskrieg nicht nur darauf ankommt, die Ausfuhr eines neutralen Landes aufzunehmen, sondern daß die Belieferung dieses Landes mit Waren, welche es benötigt, mindestens ebenso wichtig ist. Das nationalsozialistische Deutschland hat aus dieser Lehre die Konsequenz gezogen und sofort erklärt, daß seine normale Ausfuhr an den für die neutralen Staaten lebenswichtigen Gütern unter allen Umständen aufrechterhalten werden soll. Dies bedeutete nicht nur eine Bevölkerung für die Wirtschaft der nordischen Länder, sondern auch den Regierungen der Oststaaten auch die Möglichkeit, auf die Republikaner Englands, wie sie z.B. durch die Sperrung der Kohlenlieferungen, den Raub der Erdölsendungen an Norwegen und Schweden unternommen wurden, gebührend zu antworten.

Wer welchen wichtigen Problemen steht nun der Außenhandel der einzelnen nordischen Staaten?

Dänemark: Außenhandel war bisher in fast gleicher Weise nach Großbritannien wie nach Deutschland orientiert. Deutschland stellte rd. ein Viertel seiner Einfuhr, Großbritannien etwa ein Drittel. Deutschland nahm etwa ein Fünftel von Dänemarks Ausfuhr auf, während Großbritannien etwa die Hälfte übernahm. Diese für 1938 auftreitenden Tatsachen ergeben aber insofern ein falsches Bild, als für Dänemarks Außenhandel nun nicht mehr die Frage besteht, Großbritannien oder Deutschland? sondern die Fragestellung nun lautet: Lieferung und Bezug über die gefährdeten Nordsee nach und von Großbritannien und seine Dominions? oder Lieferung und Bezug über den sicherer Festlandsweg nach Deutschland und die übrigen Staaten Europas?

Untersucht man den dänischen Außenhandel nach diesem Gesichtspunkt, dann erkennt man sofort, daß er zu rd. drei Vierteln nach Deutschland und die in Europa noch gebliebenen Länder geht. Das Interesse Dänemarks ist ganz

eindeutig auf die Fortsetzung des Kontinentalhandels ausgerichtet.

Es erhebt sich nun nur noch die Frage, ob nicht Dänemark in bezug einzelner Produkte von Großbritannien vollkommen abhängt. Unter suchen wir die größeren Postionen der dänischen Einfuhr aus England, dann stoßen wir praktisch auf nur zwei Positionen, in denen England klar vorherrscht. Bei Treibstoffen, die mit Kohle und Koks zusammengesetzt sind, die mit pflanzlichen Ölrückstoffen, die Dänemark im Wert von 50 Mill. Kr. (1937) aus Großbritannien bezog.

Der Druck, den Großbritannien auf Dänemark durch diese beiden Positionen ausüben kann, ist praktisch gering, da England sehr klein ist, wenn es auch nur einen Teil der bisher aus Dänemark bezogenen Nahrungsmittel weiter erhält. Die dänische Regierung kann als Preis dafür leicht die Weiterlieferung von pflanzlichen Ölreststoffen und gewissen Treibstoffen fordern. Dies um so mehr, als England weiß, daß zumindest bezüglich Treibstoffen und Kohle Deutschland oder andere kontinentale Länder den dänischen Mindestbedarf zu decken in der Lage sind. Bei allen anderen Positionen der dänischen Einfuhr, bemerkenswerterweise auch auf dem Textilsgebiet, vermag Großbritannien dem dänischen Handel einen weit geringeren Nutzen zu bieten als Deutschland.

Bei Schweden liegt die Außenhandelsverteilung für Deutschland noch wesentlich günstiger. Deutschland steht mit einer Ausfuhr von 485 Mill. Kr. gegenüber 403 Mill. Kr. Englands weit an der Spitze des schwedischen Imports. Schweden exportiert zwar um rd. 150 Mill. Kr. mehr nach Großbritannien. Da wir aber gesehen haben, daß im Kriegsfall die

traditionellen Ausfuhrmöglichkeiten weniger ins Gewicht fallen als die Sicherung des lebensnotwendigen Warenbeugs, ist es klar, daß Schweden stärker an der Fortsetzung seiner normalen Handelsbeziehungen mit Deutschland interessiert ist als mit Großbritannien. Ölreststoffe, mineralische Rohstoffe und Kautschuk bezog Schweden dreimal soviel aus Großbritannien als aus Deutschland. Rechnet man aber zu Deutschland die Lieferungen an mineralische Rohstoffen aus Polen hinzu, dann wäre diese Position völlig kompensiert. Schwedens Bezug an Kautschuk aus Großbritannien betrug jährlich nur 12 Mill. Kr. Dies ist auch ein so geringer Wert, daß er als wirtschaftliches Druckmittel von England nicht verwendet werden kann.

Bei Norwegen ist im Unterschied zu Dänemark und Schweden eine größere Bedeutung des englischen Außenhandels festzustellen. Die Einfuhr Norwegens aus England war mit 318 Mill. Kr. um 100 Mill. Kr. größer als die aus Deutschland, die Ausfuhr war mit 250 Mill. Kr. ebenfalls um rd. 100 Mill. Kr. Kr. größer als die nach dem Reich. Doch auch bei Norwegen zeigt die Gesamtbilanz des Außenhandels, daß der Handel nach Großbritannien und Frankreich feinesseins ein Übergewicht gegenüber dem kontinentalen Handel hat, sondern im Gegenteil Deutschland als Abnehmer- und Durchgangsstation für den norwegischen Handel ständig an Bedeutung gewachsen ist und zusammen mit Polen und dem Südrhein für Norwegen auf weite Sicht zweitwohl von starkerem Interesse sein wird, als die gefährdeten Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien und seinen Dominions.

Gelingt es den nordischen Staaten schon im Weltkrieg, seine Handelsbeziehungen mit Deutschland trotz des englischen Drucks aufrecht zu erhalten, so wird dies auf Grund der bestehenden Tatsachen bei dem gegenwärtigen Konflikt noch wesentlich einfacher der Fall sein. Praktisch können es sich die nordischen Staaten absolut leisten, wirtschaftliche Druckmittel Englands in schärfster Weise abzulehnen und alle englischen Übergriffe auf ihren Handel durch entsprechende Maßnahmen zu erwidern.

v. W.

Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft

Im Anschluß an die Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung vom 27. August 1939 und die Erste Durchführungsverordnung hierzu vom 27. August 1939 werden vom Reichswirtschaftsminister folgende Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft gegeben (Reichsanzeiger Nr. 217 vom 18. 9. 1939):

I. Zentrale Behörden und Dienststellen

Aufgabe der Reichswirtschaftskammer, der Reichsgruppen Industrie, Handel, Handwerk, Bauen, Versicherungen, Energiewirtschaft und Fremdenverkehr sowie der Wirtschaftsgruppen und deren Fach- und Fachuntergruppen ist es, den Reichswirtschaftsminister und die von ihm aus der zentralen Durchführung staatlicher Wirtschaftsaufgaben verantwortlichen Stellen verantworflich zu beraten und für die Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben verantwortlich zu sorgen.

Der Reichswirtschaftskammer obliegt es außerdem, die einheitliche Zusammenarbeit der einzelnen Gliederungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu sichern und die hierfür erforderlichen Anweisungen, die der Zulieferung des Reichswirtschaftsministers bedürfen, zu erlassen.

II. Bezirkliche Behörden und Dienststellen

Die zusammenfassende Bearbeitung aller bislang zu erledigenden Aufgaben, die in Artikel III der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung vom 27. August 1939 aufgeführt sind und die nach Bedarf erweitert werden können, obliegt den aus den Wehrwirtschaftlichen Abteilungen (Gruppen Wirtschaft) hervorgegangenen Bezirkswirtschaftsamtern bei den Oberpräsidenten, Reichsstatthaltern und entsprechenden Behörden am Sitz der Wehrkreiskommandos.

Die Bezirkswirtschaftsamter bedienen sich für die Betriebsicherung, insbesondere die Sicherstellung von Arbeitskräften, Transportmitteln, Energie, die Vorratsüberwachung usw., der Industrie- und Handelskammern (Artikel V der Ersten Durchführungsverordnung vom 27. August 1939).

Die Bezirkswirtschaftsamter bedienen sich ferner zur Beratung und Durchführung ihrer ländlichen und bergbezirklichen Aufgaben der Wirtschaftskammern und derjenigen Bezirklichen Organi-

sationen der Gruppen, die nicht in eine Wirtschaftskammer eingetragen sind. Die Hauptabteilungen (Hauptgeschäftsführer) und Mobbeauftragten (Geschäftsführer) der Wirtschaftskammern und der Abteilungen und Unterabteilungen der Wirtschaftskammern haben laufend enge Führung mit den Bezirkswirtschaftsamtern zu halten.

III. Mitwirkung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft bei der Aufstellung und Durchführung der Erzeugungs- und Umlegungspläne

Die Erzeugungs- und Umlegungspläne werden, sofern nicht für einzelne Wirtschaftszweige eine andere Regelung zweckmäßig ist, durch die Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie im Benehmen mit den Reichsstellen aufgestellt und laufend den Erfordernissen der Kriegswirtschaft angepaßt. Die Wirtschaftsgruppen können Fach- oder Fachuntergruppen mit dieser Aufgabe betrauen. Bei der Aufstellung der Umlegungspläne sind die Bezirkswirtschaftsamter zu hören, die ihrerseits die Wirtschaftskammern und die Industrie- und Handelskammern nach Maßgabe meines Erlasses vom 3. Juni 1939 — S. 2/438/39 g — (Kunderlag Nr. 286/39 W) beraten. Die endgültige Feststellung der Erzeugungs- und Umlegungspläne bedarf der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers, der sowohl dem Wirtschaftszweig Aufgaben der Wehrmacht zufallen, die Zustimmung des Oberkommandos der Wehrmacht herbeiführt. Die Erzeugungs- und Umlegungspläne werden nach Genehmigung durch den Reichswirtschaftsminister oder in seinem Auftrage durch die Wirtschaftsgruppen den Bezirkswirtschaftsamtern mitgeteilt. Diese sorgen für die Bekanntgabe an die Betriebe und die Durchführung der Betriebssicherung.

Für die den Wirtschaftsgruppen hierauf obliegenden Aufgaben sind die Mobbeauftragten (Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführer) zuständig und verantwortlich. In den Wirtschaftskammern wird die Bearbeitung aller wirtschaftlichen Fragen wie bisher in der Bergwirtschaftlichen Abteilung der Vorortskammer zusammengefaßt (vgl. den Erlass vom 3. Juni 1939 — S. 2/438/39 —), die sich aus der Unterabteilung A für Erzeugungssicherung und der Unterabteilung B für Erzeugungsplanung zusammensetzt. Die Unterabteilung B arbeitet eng mit der Bezirkswirtschaftsamt zusammen.

Das geschilderte Verfahren gilt mit den aus der fachlichen Verschiedenheit sich ergebenden Abänderungen entsprechend für die Bestimmung der notwendigen Betriebe der Energiewirtschaft des Handels, des Handwerks, der Banken, der Versicherungsunternehmen und des Fremdenverkehrs.

IV.**Mitwirkung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft bei der Rohstoffbewirtschaftung.**

Die zentrale Bewirtschaftung der Rohstoffe und Halbwaren ist gemäß der Verordnung über den Warenverkehr vom 18. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1430) Aufgabe der Reichsstellen. Bei der Durchführung dieser Aufgabe arbeiten die Reichsstellen mit den Wirtschaftsgruppen und den Fach- und Fachuntergruppen der Reichsgruppen Industrie, Handel und Handwerk eng zusammen. Der Reichswirtschaftsminister kann in geeigneten Fällen Bewirtschaftungsaufgaben auf die Wirtschafts- oder Fachgruppen übertragen, insbesondere bei der Bewirtschaftung von Hilfsstoffen, Ziffer III Ab. 2 gilt entsprechend.

V.**Transportbeauftragte für die Wirtschaft (TbW).**

Die besondere Bedeutung des Transportwesens und der Notwendigkeit, Transportfragen in enger Führung mit der Reichsbahn und den anderen verkehrsduchführenden Stellen zu regeln, haben zur Einführung besonderer Transportbeauftragter für die Wirtschaft (TbW) geführt. Sie haben ihren Dienststift in der Industrie- und Handelskammer am Sitz der Reichsbahndirektion, Diensträume jedoch auch in der Reichsbahndirektion. Ihre Aufgabe ist, die Transportbedürfnisse der Gefangenwirtschaft mit den gegebenen Verkehrs möglichkeiten abzustimmen und für ihre Erfüllung in diesem Rahmen zu sorgen. Sie bestimmen, wann der vorhandene Transportraum nicht ausreicht, die Reihenfolge der Dringlichkeit. Dabei sind die Weisungen des Generalstabsoffizialen für die Wirtschaft und der zu seinem Gehör gehörenden Obersten Reichsbehörden, die ihnen über die Oberpräsidenten, Reichsstädte und entsprechenden Behörden (Führungsstäbe Wirtschaft) am Sitz der Wehrkreiskommandos zugehen, unterworfen. Sie arbeiten mit allen an Wirtschaftstransporten beteiligten Dienststellen — Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftskammern, Wirtschaftsämtern, Ernährungsämtern u. a. — eng zusammen.

England fakturiert nicht mehr in Pfund**Kein Transfer von Auslandsguoten — Weitgehende Emissionsperre**

Nach einer Meldung der „Financial News“ sind die Exporteure und Importeure amtlich aufgefordert worden, nicht mehr in Pfund, sondern in ausländischer Währung zu fakturieren. Gegenwärtig besteht keine Transfermöglichkeit für ausländische Guoten. Weil Beiträge transferieren will, hat an die Bank of England einen Antrag auf Zuweisung von Devisen zu stellen. Bisher sind aber alle Anträge abgelehnt worden.

Wie verläuft, ist eine sehr weitgehende Emissionsperre durch das Schatzamt verfügt worden. Es ist nicht mehr erlaubt, Kredite mit der Maßgabe zu geben, daß sie später durch öffentliche Anleihen abgelöst werden sollen. Hierzu werden hauptsächlich die Gemeinden betroffen. Bankkredite, die kurzfristig an Gemeinden gewährt wurden, frieren ein. Die Erneuerung und Verlängerung fälliger Anleihen ist gleichfalls verboten. Ebenso sind Kapitalerhöhungen ohne besondere Genehmigung des Schatzamtes sowie Abschüttungen aus der Reserve an Aktionäre nicht gestattet.

Ordnung im oberschlesischen Bergbau**Drahtmeldung des „VB.“**

aem. Katowic, 21. September.
In der Kohlenindustrie Oberschlesiens wurde von den Treuhändern des Reiches ratsch. Ordnung gebracht. Die Förderung der Kohlengruben steht von Tag zu Tag. Die fünf Bergreviere des Katowitzer Oberbergamtes werden kontinuierlich beobachtet. Es sind dies die Reviere Katowic, Königsblüte, Tarnowitz und Rybnik in Oberschlesien und Orlau im Olsagebiet. Der Domrower und Krauterer Bezirk werden gleichfalls durch das Oberbergamt Katowic verwaltet.

Bei der Registrierung der Arbeitslosen in Oberschlesien wurde festgestellt, daß die Polen die Statistik jahrelang falsch hielten. In zahlreichen Gemeinden wurden zehnmal mehr Arbeitslose festgestellt, als dies die polnische Statistik, die seit vielen Jahren die offizielle Statistik irregelmäßig hat, angab. Arbeitslose ohne Familiengehörige erhielten von den polnischen Behörden grundsätzlich keine Unterstützung. Von deutscher Seite ist bereits in Katowic an zwöltausend Arbeitslose erstmals Unterstützung geahlt worden.

Aufheben, ausschneiden!**Die Lebensmittelverteilung vom 23. 10. bis 19. 11. 1939****Aufheben, ausschneiden!**

	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Schwerarbeiter	Kinder bis zu 6 Jahren	Kinder von 6—14 Jahren	Anmerkungen
1. Fleisch oder Fleischwaren	Abh.n. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g " 13—15: je 100 g 18 " a, b, c, d: je 50 g Monatsration: 2000 g Wochenration (1/4): 500 g	Abh.n. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g " 13—15: je 100 g 8 " a, b: je 250 g 8 " c, d: je 100 g Monatsration: 4000 g Wochenration (1/4): 1000 g	Abh.n. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g " 13—15: je 100 g 12 " a, b, c: je 250 g 4 " d: je 150 g Monatsration: 4800 g Wochenration (1/4): 1200 g	Abh.n. 1—8 : je 125 g " a, b, c, d: je 125 g Monatsration: 1000 g Wochenration (1/4): 250 g	Abh.n. 1—8 : je 100 g " 5—7 : je 100 g " 9—11: je 100 g " 13—15: je 100 g 18 " a, b, c, d: je 50 g Monatsration: 2000 g Wochenration (1/4): 500 g	Auf die Abh.nitte Fl 4, Fl 8, Fl 12 und Fl 16 (bei Kindern bis zu 6 Jahren Abh.n. Fl 1, 2, 3, 4) bleiben besondere Zuteilun- gen vorbehalten
2. Brot oder Brot und Mehl	Abh.n. 1—4: je 1000 g Brot " 5—8: je 500 g Brot " 9—12: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) 32 " a, b: je 50 g Brot Monatsration: 2600 g Brot (oder 7800 g Brot und 1500 g Mehl) Wochenration (1/4): 2400 g Brot (oder 1900 g Brot und 375 g Mehl)	Abh.n. 1—8 : je 1000 g Brot " 9—12: je 1000 g Brot (oder je 750 g Mehl) 32 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 18 200 g Brot (oder 11200 g Brot und 3000 g Mehl) Wochenration (1/4): 3800 g Brot (oder 2800 g Brot und 750 g Mehl)	Abh.n. 1—4: je 2000 g Brot " 5—8: je 1000 g Brot " 9—12: je 1000 g Brot (oder je 750 g Mehl) 32 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 18 200 g Brot (oder 15 200 g Brot und 3000 g Mehl) Wochenration (1/4): 4800 g Brot (oder 3800 g Brot und 750 g Mehl)	24 Abh.n. 1—4: je 100 g Brot " 5—8: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) Auf die mit einem Kreuz (+) bezeichneten Abh.nitte je 125 g Kindernährmittel. Brot-Monatsration: 4400 g Brot (oder 2400 g Brot und 1600 g Mehl) Wochenration (1/4): 1100 g Brot (oder 800 g Brot und 375 g Mehl)	Abh.n. 1—8: je 500 g Brot " 9—12: je 500 g Brot (oder je 375 g Mehl) 8 " a, b: je 100 g Brot Monatsration: 6800 g Brot (oder 4800 g Brot und 1500 g Mehl) Wochenration (1/4): 1700 g Brot (oder 1200 g Brot und 375 g Mehl) (Auf die mit einem Kreuz (+) und „B“ bezeichneten Abh.nitte Zuteilungen vorbehalten)	Bei der Reichsbrot- karte ist die Ein- teilung für Kinder nicht von 0—6 und 6—14 Jahren, wie sonst, sondern von 0—6 und von 6—10 Jahren.
3. Fett	Abh.n. 1, 3 „Butter od. Butterfett“: je 100 g " 2, 4 „Butter od. Butterfett“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Röte od. Quarg“: je 62,5 g Röte oder je 125 g Quarg Abh.n. 1, 2, 3 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 62,5 g " 2, 1 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Talg, Schmalz, Spef“: je 62,5 g Monatsration: 1075 g Fett + 250 g Röte Wochenration (1/4): 263,75 g Fett + 62,5 g Röte	Abh.n. 1, 3 „Butter od. Butterfett“: je 100 g " 2, 4 „Butter od. Butterfett“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Röte od. Quarg“: je 62,5 g Röte oder je 125 g Quarg Abh.n. 1, 2, 3 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 125 g " 2, 1 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 250 g Abh.n. 1—4 „Talg, Schmalz, Spef“: je 125 g Monatsration: 1075 g Fett + 250 g Röte Wochenration (1/4): 263,75 g Fett + 62,5 g Röte	Abh.n. 1, 3 „Butter od. Butterfett“: je 100 g " 2, 4 „Butter od. Butterfett“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Röte od. Quarg“: je 62,5 g Röte oder je 125 g Quarg Abh.n. 1, 2, 3 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 187,5 g " 2, 1 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 250 g Abh.n. 1, 2, 3 „Talg, Schmalz, Spef“: je 975 g " 4 „Talg, Schmalz, Spef“: je 510 g Monatsration: 2960 g Fett + 250 g Röte Wochenration (1/4): 740 g Fett + 62,5 g Röte	Abh.n. 1, 3 „Butter od. Butterfett“: je 100 g " 2, 4 „Butter od. Butterfett“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Röte od. Quarg“: je 62,5 g Röte oder je 125 g Quarg Abh.n. F 3: 125 g Kunsthett Monatsration: 450 g Butter, 250 g Röte, 125 g Kunsthett Wochenration (1/4): 112,5 g Butter, 62,5 g Röte, 31,25 g Kunsthett (Auf Abh.n. F 1, F 2, F 4 Zuteilungen vor- behalten)	Abh.n. 1, 3 „Butter od. Butterfett“: je 100 g " 2, 4 „Butter od. Butterfett“: je 125 g Abh.n. 1—4 „Röte od. Quarg“: je 62,5 g Röte oder je 125 g Quarg Abh.n. a, 1, b 2 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 62,5 g " a, 2, b 1 „Marg., Kunsthett, Öl“: je 125 g Abh.n. F 1 u. F 2: je 100 g Marmelade " F 3: 125 g Kunsthett Monatsration: 825 g Fett, 250 g Röte, 125 g Kunsthett, 200 g Marmelade Wochenration (1/4): 206,25 g Fett, 62,5 g Röte, 31,25 g Kunsthett, 50 g Marmelade (Auf Abh.n. F 4 Zuteilungen vorbehalten)	
4. Marmelade und Jüder	4 Abh.n. „Marmelade“: je 100 g (oder je 40 g Jüder) 4 " „Jüder“: je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder (oder insges. 1160 g Jüder) Wochenration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder (oder insgesamt 290 g Jüder)	4 Abh.n. „Marmelade“: je 100 g (oder je 40 g Jüder) 4 " „Jüder“: je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder (oder insges. 1160 g Jüder) Wochenration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder (oder insgesamt 290 g Jüder)	4 Abh.n. „Marmelade“: je 100 g (oder je 40 g Jüder) 4 " „Jüder“: je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder (oder insges. 1160 g Jüder) Wochenration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder (oder insgesamt 290 g Jüder)	4 Abh.n. „Marmelade“: je 100 g (oder je 40 g Jüder) 4 " „Jüder“: je 250 g Monatsration: 400 g Marmelade und 1000 g Jüder (oder insges. 1160 g Jüder) Wochenration (1/4): 100 g Marmelade und 250 g Jüder (oder insgesamt 290 g Jüder)		Die Reichskarte für Jüder und Mar- melade ist für Nor- malverbraucher, Schwerarbeiter, Kinder usw. gleich.
5. Nährmittel	Die Nährmitteltarife ist für alle Berufe und Lebensalter die gleiche.					
	Nährmittel pro Monat: Abh.n. L 1—10 (n. 23. 10.—19. 11.): je 25 g " L 17—25 (n. 6. 11.—19. 11.): je 25 g (Nährmittel sind: Graupen, Gerstengrütze, Weizengrütze, Reis, Haferflocken, Teigwaren usw.)	Sago, Kartoffelmehl u. Ä. pro Monat: Abh.n. L 11, 12, 27, 28 (n. 23. 10.—19. 11.): je 25 g	Kaffee-Ersatz pro Monat: Abh.n. 13, 28, 30: je 125 g " 14: 25 g (Abh.n. 13, 14: gültig v. 23. 10.—19. 11. " 29: gültig v. 30. 10.—19. 11. " 30: gültig v. 6. 11.—19. 11.)			Hier, Tee, Kun- sthonig auf Eingangs- abh.nitte der Le- bensmittel werden von Fall zu Fall ver- teilt; Jüderwaren und Zwiebeln ohne Karten; für Hühn- schütt, Trocken- gemüse, Gewürze und Salzwaren ergehen von Fall zu Fall besondere Anweisungen

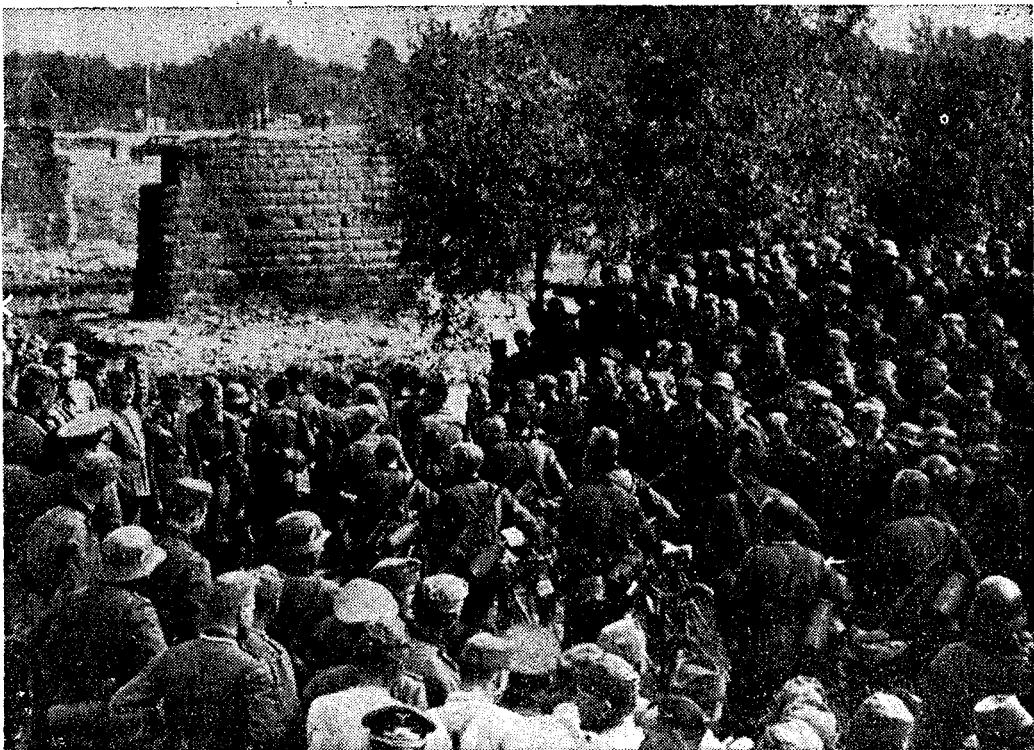
Berliner Ausgabe

Berlin, Sonntag, 17. September 1939

BACHTER

ands

Schriftleitung: Berlin SW 68, Zimmerstr. 88 :: Sammelruf: 11 00 22, Sprechst.: 12-18 Uhr.
Druckschriften „Beobachter Berlin“ Münchener Schriftleitung, München 18, Schellingstr. 39. Sammeleruf: 208 01. Sprechst.: 11-12 Uhr. Wiener Schriftleitung: Wien VII, Seidengasse 9-11. Sammeleruf: B-39-6-40. Der „BB“ erscheint täglich. Bezugspreis mit RM 2,80, wöchtl. RM 0,65 bei Zustellung durch Boten (nur in Berlin), bei Zustellung durch die Post RM 2,90 zuzügl. 42 Pf. Bestellgeb.



ührer an der vordersten Front inmitten seiner tapferen Soldaten
n überschreiten deutsche Truppen auf einer von deutschen Pionieren erbauten Brücke unter
den Augen des Führers (X) den San

Aufn.: Presse-Hoffmann

Seekrieg und Prisenordnung

Von Vizeadmiral Aßmann

Im Reichsgesetzblatt vom 3. September 1939 ist eine neue deutsche Prisenordnung veröffentlicht worden. Sicherlich wird es zahlreiche Volksgenossen geben, die sich unter einer „Priesenordnung“ schwer etwas vorzustellen vermögen, denen daher auch unbekannt ist, von welch außerordentlicher Bedeutung die darin enthaltenen Bestimmungen für die deutsche Kriegsführung in dem uns jetzt aufzuarbeitenden Kriege sind.

stürzt, um die öffentliche Meinung der Neutralen, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, gegen uns aufzubringen.

Welches sind nun die wichtigsten Bestimmungen der Prisenordnung? Wir beschränken uns bei der Beantwortung der Frage auf das Allernotwendigste, dh. auf das, was voraussichtlich in der Praxis der Kriegsführung am häufigsten zur Anwen-

Ihnen sei gesagt, daß die Prisenordnung den Einsatz unserer Seetaktik zur Bekämpfung des die feindliche Kriegswirtschaft verjüngenden Seehandels nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten regelt.

Seekrieg ist in erster Linie Wirtschaftskrieg zur See. Er trifft keineswegs etwa nur die feindliche Handelsfahrt, sondern den gesamten, also auch den neutralen Seehandel, soweit er zur Versorgung der feindlichen Kriegswirtschaft dient. Er zieht daher auch die neutralen Interessen sehr erheblich in Mitleidenschaft. Daher hat es von alters her internationale Vereinbarungen gegeben, die darauf abzielen, auf dem Wege des Völkerrechts ein Kompromiß zu finden, zwischen den sich aus der Kriegslage ergebenden militärischen Bedürfnissen der kriegsführenden Parteien und den berechtigten Interessen der Neutralen.

Wir erinnern uns, wie England im Weltkriege, um uns aushungern zu können, unter brutalem Bruch des Völkerrechts diese berechtigten Interessen der Neutralen mit Füßen getreten hat, erinnern uns aber auch der schweren Konflikte mit den Neutralen, die uns erwuchsen, als wir, in Vergeltung des englischen Völkerrechtsbruches und durch die Not gezwungen, zum Mittel des U-Boot-Handelskrieges griffen — Konflikte, die den Kriegstreibern in den USA gewichtige Gründe lieferten, den Eintritt der Vereinigten Staaten in die Front unserer Gegner zu betreiben und — entgegen den wahren Interessen des Landes — im April 1917 zu erreichen. Immer wieder handelt es sich bei diesen Konflikten um die Frage, ob und wie die U-Boote den Handelskrieg „nach der Prisenordnung“ führen könnten. Denn die Prisenordnung stützt sich auf internationales Vertrags- und Gewohnheitsrecht. Die Neutralen haben daher kein Recht, sich zu beschweren, wenn ihrem Seehandel, unter Innehaltung der Bestimmungen der Prisenordnung, durch die Kriegsführenden Schaden zugefügt wird.

Hieraus erhellt die große Bedeutung der durch die Reichsregierung jetzt zum Reichsgesetz erhobenen deutschen Prisenordnung für unsere Seetaktik. Bekanntlich haben unsere Seetaktik Befehl, ihre Kriegshandlungen streng im Rahmen der internationalen Vereinbarungen, dh. also im Rahmen der Prisenordnung, durchzuführen. Daher war es der deutschen Seetaktikleitung auch ein leichtes, den englischen Lügen von der Torpedierung der „Athensia“ und der angeblichen Verletzung des Völkerrechts bei der Versenkung der englischen Dampfer „Oliver Grove“ und „Manazar“ entgegenzutreten. Wir sehen aber daraus, mit welchem Eifer und mit welcher Skrupellosigkeit sich die englische Propaganda nach den bewährten Rezepten des Weltkrieges gerade auf das Gebiet der U-Boot-Kriegsführung

eingenommen hat. Feindliche Handelschiffe können aufgebracht werden, dh. sie können, ohne daß eine Untersuchung an Ort und Stelle notwendig ist, in einen eigenen Hafen eingebracht werden. Neutrale Handelschiffe dürfen nur dann aufgebracht werden, wenn bestimte Voraussetzungen vorliegen, die im einzelnen hier aufzuführen zu weit gehen würde. Neutrale Handelschiffe müssen daher vor der Aufbringung angehalten und daraufhin untersucht werden, ob die Voraussetzungen für die Aufbringung gegeben sind. Widerstand gegen die Aufbringung bzw. Untersuchung ist mit Gewalt zu brechen.

Diese Bestimmung ist für die Praxis von größter Wichtigkeit. Wie im Weltkriege, so werden auch in diesem Kriege die meisten feindlichen Handelschiffe mit Geschützen bewaffnet sein. Wenn dann, wie es im Weltkriege die Regel war und wie es vor wenigen Tagen bei der Versenkung des englischen Dampfers „Manazar“ der Fall gewesen ist, das Handelschiff das Anhalten durch ein U-Boot — das normalerweise durch Flaggensignal oder Abfeuern eines Warnungsschusses vor den Bug des Fahrzeuges erfolgt — damit beantwortet, daß es ein regelrechtes Feuergefecht gegen das U-Boot eröffnet, so ist letzteres selbstverständlich dazu berechtigt, den Kampf gegen das Handelschiff mit allen Waffen und ohne Rücksicht auf dessen Besatzung notfalls bis zur Vernichtung des Gegners zu führen. Handelschiffe, die sich der Unhaltung durch die Flucht zu entziehen versuchen, sind mit Gewalt zum Stoppen zu bringen.

Ausgebrachte feindliche Handelschiffe dürfen an Ort und Stelle zerstört werden, wenn ihre Einbringung unzweckmäßig oder unsicher erscheint; ausgebrachte neutrale Handelschiffe dürfen nur in bestimmten Fällen zerstört werden, die in der Prisenordnung im einzelnen aufgeführt sind. Auf jeden Fall ist vor der Zerstörung des Handelschiffes in ausreichender Weise für die Sicherheit der Besatzung und der etwaigen Fahrgäste des Handelschiffes zu sorgen.

Einen Hauptgrund für den Zugriff gegen neutrale Handelschiffe bildet die Beförderung von Bangut (Konterbande). Bei Bangut ist zu unterscheiden zwischen „unbedingtem“ und „bedingtem“ Bangut. Als unbedingtes Bangut sind alle Gegenstände und Stoffe anzusehen, die „unmittelbar der Land-, See- oder Lufrüstung dienen und für das feindliche Gebiet oder für die feindliche Streitmacht bestimmt sind“. Als bedingtes Bangut werden alle Gegenstände und Stoffe angesehen, die „für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbar und in eine von der Reichsregierung bekanntgegebene Liste aufgenommen sind und für den Gebrauch der feindlichen Streitmacht oder

CONTROL OF GERMAN EXPORTS

NEUTRALS AND THE AGGRESSOR

THE CHOICE BEFORE EUROPE

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Those neutral Powers who make protests against the British Order-in-Council regarding exports might surely give consideration to the fact that a German victory spells inevitably the end of their existence as independent nations.

The separate existence of the lesser States of Europe does not depend upon their own armaments, but upon the ability and will of the greater States to prevent their absorption by an aggressive and aggrandising Power. It was not gallantry alone which saved the Seven Provinces from Spanish rule in Queen Elizabeth's time: that gallantry could not have saved them without the aid they received from Great Britain: and both then and later the British efforts to restrain the would-be dominators of Europe were weakened by the persistently pursued policy of the Seven Provinces to trade with the common enemy.

There is ample evidence in the last three quarters of a century of the German desire to annex or absorb the smaller European nations. Lord Morley records ("Life of Gladstone," ii, 320) Bismarck having told the Dutch Ambassador in 1865 that "he coveted Holland less for its own sake than for its wealthy colonies," and that in 1869, after the disgraceful Prussian attacks on Denmark and Austria, "the small nations were in trepidation and with good reason." When reminded that Belgium was guaranteed by Europe, Bismarck replied that "a guarantee in these days was of little value," and when the Belgian Press did not conceal its sentiments he "let fall the ominous observation that if Belgium persisted in that course she might pay dear for it." The sole restraining force was the probability that he would meet with the opposition of other Great Powers.

From Bismarck to Bülow is a short step. The latter records a letter from von Schoen:—

General de Plessen . . . added that it was a matter of the highest interest for us to have not only Denmark in our hands but also Holland and her colonies, if it was for nothing more than the urgent need for coaling stations. As I called his attention to the fact that these plans could not be carried out without sanguinary conflicts with all the great nations, including America, the General agreed that their realization must, perhaps, be deferred until some distant future. ("Memoirs," Vol. II, Chapter vii)

So, too, the question of forcing Denmark into a close alliance was put aside because it would produce an Anglo-French-Russian alliance for the maintenance of Danish independence (Vol. III, Chapter i); and the forcible annexation of Switzerland, Holland, and Belgium, cynically discussed, was put aside, not because of the powers of resistance of those nations, nor for the immorality of the aggression, but because it would lead to the intervention of the Great Powers.

But the action at sea, though it is the only remaining safeguard of the continued independence of these States, now produces a chorus of protest. The present situation recalls that of 1803, when Napoleon had Holland, Belgium, Switzerland, and part of Italy in his grasp. "These perpetual encroachments caused profound anxiety in Europe and induced it in despair to turn to England for support." The help which England could give was at sea: but its effectiveness depended upon the exercise of

REAL ECONOMIC WARFARE

ESSENTIALS OF THE CAMPAIGN

UNITY OF COMMAND

From a Correspondent

The first German War was won and lost by the interaction of economic and military effort. The Allied surface blockade prevailed, except for a few anxious weeks in 1917, over the German submarine blockade. In the field the Allies first definitely asserted their superiority in August, 1918, but it was their stranglehold on Germany's economic life that converted retreat into collapse by November. The same interaction of economic and military factors will decide this war also. Neither hunger nor shortage of materials will by themselves bring Germany to her knees, however long the war continues. Only actual defeat—though defeat in the air may possibly prove sufficient—will finally tip the scale. But the economic factor is destined to play an even larger and more conclusive part this time, and the winning of the economic war is an indispensable condition of final victory.

It will, however, be a very different economic war, more varied, in some ways more difficult, certainly more urgent. In the last War the Central Powers were almost completely surrounded by enemy territory. The only margin of neutral territory with which they could maintain contact was composed of Switzerland, Holland, and Scandinavia, small countries themselves entirely dependent on the Allies for most essentials of economic life. The system of rationing their oversea imports set a very definite limit upon their ability to supply German needs; they could afford only a very narrow local market for German exports; the transit of German exports through their territories could easily be checked.

FORESTALL GERMANY

To-day Germany's neutral margin is far larger in area, resources, and population. It is in fact the whole continent of Europe east of France together with much of Asia. So great a part of the world, so largely self-sustaining and comprising so many and in some cases powerful States, cannot be rationed as we rationed Holland or Switzerland, nor can its export trade be as effectively controlled. New methods are required to deal with that situation. We need, in addition to the old negative technique of blockade and rationing, the positive, militant technique of pre-emption. We must not be content with preventing Germany from buying the materials over which we can exercise physical control. Where that control is not available we must forestall her by buying ourselves the materials she needs, and by supplying neutrals with the goods they might otherwise take from her. We have both to outbid and to undersell Germany in what will be a true economic war, waged with purely economic weapons, and not merely economic pressure exercised by naval power.

Here again, when it comes to measuring our relative economic resources, the picture is in many respects very different. In 1914 we had

the ancient rights of a belligerent at sea, and
I am compelled here with some hardship upon the
neutral. But the choice lay between the accept-
ance of temporary financial loss and submission
to a despot whose despotism was pure liberalism
when compared with that which we witness
to-day. The Prussian Minister Haugwitz
summed it up in a sentence. "The arbitrary
behaviour of the English at sea is very incon-
venient, to be sure, but the continental despotism
is infinitely more dangerous." (Emile Dard:
"Napoleon and Talleyrand," p. 57.)

Is not this the choice which lies before Europe
to-day? I am, Sir, yours, &c.,

H. W. RICHMOND.

The Master's Lodge, Downing College,
Cambridge, Nov. 28.

CHARLOTTE M. YONGE

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—Your correspondent's recommendation of Miss Charlotte Yonge's books as "escapist" literature in our present times of stress was gratifying to me, as a C.M.Y. collector of many years standing. Yet I must nevertheless—in the same capacity—venture to take exception to one or two of his references. "The pitying smile" is far now from being the only tribute paid to-day to the memory of Miss Yonge. Some 10 years ago I was honoured by an invitation to lecture on the subject of Miss Yonge's works at a Cambridge University extension school. The audience was a large one, and never shall I forget the spontaneous outburst of enthusiastic clapping when, referring to "The Daisy Chain," I mentioned the beloved name of Dr. May.

Charlotte Yonge's historical tales and her family chronological novels number together many more than the 95 volumes suggested by your correspondent. Some of the earlier and most delightful of these are almost impossible to find, and even my own collection, which runs up nearly 200 volumes, is not complete; nor do I know of anyone, amongst fellow-collectors, who possesses all her works. They number over 250 volumes.

I doubt whether any reader approaching Miss Yonge for the first time could trace all the references to any one family, scattered through book after book, in their chronological order. There are, moreover, two enchanting little leaflets, each one privately printed, that supply links of surpassing interest to lovers of the Underwood family, or to admirers of "Heartsease," which are not to be found anywhere else. Should any of your readers decide to follow your correspondent's advice, and should become true enthusiasts, I will gladly undertake, *con amore*, to answer any questions as to the exact whereabouts of references concerning the lives of the Mohuns, Mays, Merrifields, Underwoods, &c. As for Sir Hugh Walpole's Mary Cole, I was extremely pleased with her until she referred to Flora May as Florence, when I lost all interest.

Your correspondent is also, I fear, guilty of exciting false hopes in suggesting that "The Castle Builders" is as easily to be found as some of the other books whose titles he gives. It was Miss Yonge's second book and has long been out of print. I only actually know of the existence of three copies. "The Two Guardians," which is not difficult to find, and which he suggests as a happy hunting ground for followers of the chase, stands quite by itself, and has no references to any of the other novels or their characters.

Finally, a complete course of Charlotte Yonge would require something more like 30 years than three. But what well-spent years they would be!

Yours, &c., E. M. DELAFIELD.
10, Buckingham Street, Strand, W.C.1.

BOOKS FOR THE FORCES

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—I think it would greatly help if receiving centres for books in our large towns (I would instance our South Coast resorts) could be provided. At present it is easier to send money than to pack books for transport. The result must be that thousands of volumes are left with their owners who would otherwise be willing to part with them.

Yours faithfully,
A. J. WATERFIELD.
60, Beaumont Road, Worthing.

much larger accumulated reserves of purchasing power to draw upon. We had between £3,000,000,000 and £4,000,000,000 in easily realizable American and other foreign securities. To-day it is doubtful whether we have much more than a third of that figure. Later on we were able to raise large credits in the United States. That door has been deliberately closed upon us. We may set against these losses the development of the Dominions in the interval and the possibility of securing credits from them by the liquidation of their indebtedness and otherwise. But that is only a partial offset. Again, in 1914 our national current account with the outside world showed a net balance of payments in our favour of over £180,000,000. In recent years the balance has not averaged a sixth of that figure. To-day we are certainly not making both ends meet.

THE ONLY WAY

There is obviously only one way of meeting this changed situation, only one way by which we can possibly feed our people, supply the voracious appetite of the war machine for raw materials, and at the same time outbid Germany for foodstuffs and materials which she needs. That is at all hazards and at all costs to sustain and if possible increase our export trade while diminishing our domestic consumption. We cannot pay for victory in this war out of capital. We have got to earn and save the means of victory while we are fighting. On the earning side exports, exports, and again exports are as essential to our end as shells and tanks, aeroplanes, or destroyers. There are, no doubt, obstacles to overcome, internal and external. There are the competing demands of the Services for materials and men. There is the handicap of our measures of protection against air attack. There is the shipping difficulty. All these are serious and may become more serious still. But they can and must be overcome. There are also compensating advantages not merely in the elimination of German competition but in the general good will of the neutral world. The recent decision of the Argentine Government to refuse exchange for the purchase from elsewhere of goods which could possibly be bought from Great Britain has, no doubt, good justification on purely economic grounds. But it also speaks for an attitude which is widespread and of which we ought to take advantage with both hands and speedily.

What, in fact, are we doing to win the war on the economic side, and, in particular, in its external competitive aspect? A special department has, indeed, been set up entitled the Ministry of Economic Warfare. But it is, as an executive department at any rate, confined mainly to the negative work of blockade and rationing, and the junior Minister who presides over it is in no position to direct the economic activities of the country to the goal of victory. For the rest the external economic activities of the nation are parcelled out between a number of Ministries, old and new, supplemented by an army of controllers of every conceivable substance. Mutually uninterested, and naturally inclined to play for their own safety, these departments have so far concentrated almost entirely on the negative aspect of their duties. The unhappy trader who would contribute to the national effort by exporting some article finds that he has at every step, and for almost every component part, to secure a permit. The writer knows of one instance in which a firm secured, after infinite effort and delays, the permits necessary to fulfil a large oversea order for enamelled iron bars, only to be defeated at the last moment by a veto on the export of £10 worth of timber for the packing cases. It is said, unkindly, but not without some degree of truth, that on most applications it takes weeks to get a "no," and months to get a "yes." After three months of war our export trade is still in large measure paralysed while,

V. B. 28.8.39.

Besondere Zuwendungen für Kinder, Mütter und Schwerarbeiter

Welche Mengen werden auf die Bezugsscheine abgegeben?

Die Bezugsscheine für lebenswichtige Verbrauchsgüter zugestellt

Berlin, 27. August.

Um Sonnagmorgen wurden allen Haushaltungen in Deutschland Bezugsscheine für einige Arten von Lebensmitteln und andere lebenswichtige Verbrauchsgüter zugestellt.

Wie wir bereits in einem Teil der Aufgabe gemeldet haben, sind durch Verordnung vom heutigen Tage im Interesse der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Freiheit des Reiches eine Reihe lebenswichtiger Verbrauchsgüter bezugspflichtig gemacht worden. Auf Grund der Ausweise istarten, die den Verbrauchern im Laufe des gestrigen Tages als Bezugsschein zugestellt worden sind, können im einzelnen folgende Mengen, und zwar in den ersten vier Wochen, gleichmäßig je Kopf der Bevölkerung bezogen werden:

Fleisch oder Fleischwaren, auch in Konserven, 700 g je Woche, oder auf jeden der 12 Abschnitte der Ausweiskarte 235 g.

Schmierzeugnisse, Öle oder Fette 60 g je Tag.

Zucker 280 g je Woche.

Marmelade 110 g je Woche. Statt Marmelade können auch 55 g Zucker je Woche bezogen werden.

Graupen, Grüze, Grieß, Sago oder sonstige Nährmittel 150 g je Woche.

Kaffee oder Kaffee-Ersatzmittel 63 g je Woche ($\frac{1}{8}$ Pfund).

Tee 20 g je Monat.

Milch 0,20 l je Tag. (Einer der vier Milchabschnitte des Bezugsscheines gilt immer für eine Woche.)

Zu diesen Mengen werden zusätzlich abgegeben:

1. Für Kinder unter 6 Jahren 0,50 Liter Milch je Tag, auf Grund einer Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde, d.h. also insgesamt 0,70 Liter je Tag.

2. Für werdende und stillende Mütter 0,30 Liter Milch je Tag, ebenfalls auf Grund einer Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde, d.h. also insgesamt 0,50 Liter je Tag.

3. Für Schwerst- und Schwerarbeiter: Milcherzeugnisse, Öle oder Fette 50 Gramm je Tag, und Fleisch 490 Gramm je Woche, d.h. also insgesamt 1190 Gramm Fleisch je Woche.

Wer als Schwerst- und Schwerarbeiter gilt, wird durch besondere Anordnung bekanntgegeben.

Kernseife 125 g je 4 Wochen oder Schmierseife 200 g je 4 Wochen oder Haushaltsseife in zerkleinerter Form.

Alles zu erhalten auf den Abschnitt „Seife I“.

Seifenpulver 250 g je 4 Wochen oder

Schmierseife 200 g je 4 Wochen oder Haushaltsseife in zerkleinerter Form 125 g je 4 Wochen oder Waschmittel 100 g je 4 Wochen.

Ebenfalls zu erhalten auf den Abschnitt „Seife II“.

Die bezugsfähigen Mengen an Haussbrandkohle werden von den unteren

Verwaltungsbehörden besonders bekanntgegeben.

Bezugsscheinpflichtige Spinnstoffwaren sind Oberbekleidung für Männer und Frauen, Leib-, Bett- und Haushaltswäsche sowie Meterware in Geweben und Gewirken. Ob die Bezugsscheinpflicht für Spinnstoffwaren und Lederwaren gelockert werden kann, wird noch geprüft.

Es wird darauf hingewiesen, daß Brot, Kartoffeln, Roggenvollmehl und Weizenmehl so wie bisher frei gekauft werden können, obwohl auf den Bezugsscheinen, die vorsorglich seit längerer Zeit bereithalten wurden, auch Abschnitte für Brot, Kartoffeln, Mehl usw. vorgedruckt sind. Auch der Bezug von Obst und Gemüse und sonstigen nicht genannten Nahrungsmitteln bleibt völlig frei.

Gaststätten und Anstalten erhalten für die von ihnen zu versorgenden Personen bezugsscheinpflichtige Waren ebenfalls gegen Bezugsscheine, die bei der Gemeindebehörde besonders zu beantragen sind. Die Abgabe von Speisen in Gaststätten erfolgt bis auf weiteres bezugsscheinfrei. Der Einzelhandel wird über seine Pflichten ebenfalls durch ein Merkblatt unterrichtet, das ihm durch Beauftragte der Gemeindebehörde zugestellt wird. Mit dem Merkblatt wird ein Einlageblatt verteilt, auf dem die bezugsfähigen Höchstmengen bezeichnet sind. Dieses Einlageblatt ist in den Einzelhandelsgeschäften an deutlich sichtbarer Stelle auszuhängen.